

STIFTUNG  
AUFARBEITUNG



# READER

---

**VIII. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**

**6. BIS 8. MÄRZ 2008, BERLIN**

---

Redaktion:  
Rigo Hopfenmüller, *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*, Berlin 2008

## Inhalt

Programm des Kolloquiums 2008 .....	4
Michael <b>BIENERT</b> .....	7
Dr. Nina <b>LEONHARD</b> .....	12
Evelyna <b>SCHMIDT</b> .....	17
Fabian <b>KLABUNDE</b> .....	19
Patricia <b>ZECKERT</b> .....	24
Andreas <b>STIRN</b> .....	29
Monika <b>SIGMUND</b> .....	34
Meike <b>HASELMANN</b> .....	39
Sven <b>SCHULTZE</b> .....	44

## VIII. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

**BEGINN:** Donnerstag, 6. März 2008, 18 Uhr  
**ENDE:** Samstag, 8. März 2008, ca. 15 Uhr  
**ORT:** Neue Geschäftsstelle der Stiftung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin,  
 Besprechungsraum, 2. Etage

<b>DONNERSTAG, 6. MÄRZ 2008</b>	
18:00 – 21:00	Gemeinsames Abendessen mit Mitgliedern des Vorstandes und des Fachbeirates Wissenschaft der Stiftung Aufarbeitung ...  ... im Maximilians in der Friedrichstraße 185-190, 10117 Berlin – Mitte Eingang über Kronenstraße, <a href="http://www.maximiliansrestaurant.de">www.maximiliansrestaurant.de</a>

<b>FREITAG, 7. MÄRZ 2008</b>	
9:00 - 9:15	Begrüßung
9:15 - 10:15	Michael <b>Bienert</b> : Ausschaltung der parlamentarischen Opposition in den Landtagen der SBZ/DDR. Die Beispiele Brandenburg und Thüringen (1946-1952)
10:15 – 10:45	Kaffeepause
10:45 – 11:45	Wir sind die „Neuen“ (1. Teil): Dr. Nina <b>Leonhard</b> und die Integrationsprozesse infolge der deutschen Vereinigung: Die Soldaten der NVA und die Armee der Einheit (Habilitation)
11:45 – 12:30	Wir sind die „Neuen“ (2. Teil): Evelyn <b>Schmidt</b> und dissoziierte Identitäten in der Prosa der DDR und Polens
12:30 – 14:00	Mittagspause in der Kantine des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mauerstraße 53
14:00 – 15:00	Fabian <b>Klabunde</b> : Vom Recht auf Auswanderung zum 'ungesetzlichen Übersiedlungersuchen'. Die 'Zurückdrängung' von Ausreisewilligen als Politikfeld in der DDR
15:00 – 16:00	Patricia <b>Zeckert</b> : Der deutsch-deutsche Literaturaustausch im Rahmen der Internationalen Leipziger Buchmesse 1946 bis 1990
16:00 – 16:30	Kaffeepause
16:30 – 17:30	Andreas <b>Stirn</b> : Traumschiffe des Sozialismus: DDR-Urlauberschiffe 1958-1990
17:30 – 19:00	Abendessen beim Ukrainer gegenüber, Kronenstraße 70
19:30 – 21:00	TV-Dokumentationen zur Zeitgeschichte. Ein Praxisbericht von Rainer <b>Burmeister</b> & Hans <b>Sparschuh</b> von „Heimatafilm“

<b>SAMSTAG, 8. MÄRZ 2008</b>	
9:30 – 10:30	Monika <b>Sigmund</b> : Kaffee in beiden deutschen Nachkriegsstaaten: Konsum, Diskurs, Deutung und Beziehungen
10:30 – 11:00	Kaffeepause
11:00 – 12:00	Meike <b>Haselmann</b> : Das Jagdwesen in der DDR - Zwischen Feudalismus und Sozialismus
12:00 – 13:00	Sven <b>Schultze</b> : Die Grüne Woche und die DDR-Landwirtschaftsausstellung in Leipzig-Markkleeberg in der deutschen Systemkonkurrenz 1948 bis 1961
13:00 – 14:00	Mittagessen im Maximilians  Dort auch Schlussbesprechung

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Besprechungsraum 2. Etage: **030 - 3 19 89 54 44**

Stiftungshandy: **0160 – 7 10 78 70**



## **Die Ausschaltung der parlamentarischen Opposition in den Landtagen der SBZ/DDR. Die Beispiele Brandenburg und Thüringen (1946-1950/52)**

von Michael Bienert

I.

Die Geschichte der fünf Landtage in der SBZ und in der frühen DDR, wie sie zwischen 1946 und 1952 existierten, zählt zu den weithin unbeachteten Kapiteln der deutschen Nachkriegsgeschichte. Im Gegensatz zu den Landesparlamenten in den westlichen Besatzungszonen, mit denen sich die zeithistorische Forschung intensiv auseinandergesetzt hat, weil sie zu den zentralen Elementen des demokratischen und föderalen Neuanfangs in der Bundesrepublik zählen, ist den Volksvertretungen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine solche Würdigung verwehrt geblieben. Dies resultierte zunächst aus den enormen quellentechischen Schwierigkeiten, mit denen sich die zeithistorische Forschung lange Jahre konfrontiert sah: Bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990 war die Quellengrundlage starken Einschränkungen unterworfen. Außer den amtlichen Veröffentlichungen wie den Landtagsdrucksachen oder den stenographischen Mitschriften und vereinzelt Archivalien, die den Weg in die Parteiarchive von CDU, SPD und FDP gefunden hatten, standen der Wissenschaft kaum Dokumente zur Verfügung, die einen tieferen Einblick in die Arbeitsweise dieser Parlamente erlaubt hätten. Zwar gab es wiederholt Versuche, einzelne Aspekte zu den Landtagen wie etwa die Wahlen von 1946, die Entstehung der Länderverfassungen oder aber den personellen Wandel in den „bürgerlichen“ Fraktionen bis 1950 in den Blick zu nehmen. Allerdings mussten sich die Untersuchungen auf Quellenmaterial stützen, das zum Teil auf den Publikationen der DDR-Geschichtsschreibung beruhte, womit sich große quellenkritische Probleme hinsichtlich der Auswahlkriterien und der politischen Intentionen verbanden.

Mit dem Ende der SED-Herrschaft und der Öffnung der ostdeutschen Archive konnten solche Hindernisse überwunden werden. Gleichwohl kam die historische Forschung nicht über einige Ansätze hinaus. Das Bestehen der Landtage wurde von den meisten Historikern als zu kurzlebig empfunden, die von ihnen ausgehenden politischen Impulse wirkten angeblich zu schwach, als dass eine nähere Beschäftigung mit ihnen lohnend erschienen wäre. Man sah in ihnen, so der Politikwissenschaftler Everhard Holtmann, lediglich ein „Vorspiel des anschließenden SED-Staates, [...] ein demokratisches Experiment ‚im Schatten der Diktatur‘, das von Beginn an zum Scheitern verurteilt war“. Ein solches Urteil ist heute allerdings, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der nunmehr verfügbaren Akten, kaum mehr zu rechtfertigen. Vielmehr kristallisiert sich bei einer näheren Betrachtung der Landtage ein ungleich differenzierteres Bild heraus, das die Bedeutung dieser Volksvertretungen als Bestandteile des politischen Systems in der SBZ/DDR in einem neuen Licht erscheinen lässt.

## II.

Dass die sowjetische Besatzungsmacht im Frühjahr 1946 die Entscheidung traf, auf Länderebene Volksvertretungen einzurichten und für den Oktober des Jahres Landtagswahlen anzuberaumen, hatte vor allem deutschlandpolitische Hintergründe. Zu einer Zeit, als die endgültige Teilung des okkupierten Landes noch keineswegs feststand und Stalin mit einer gesamtdeutschen Lösung rechnen durfte, musste es darum gehen, bei der Umsetzung des Demokratisierungsgebotes, wie es auf der Potsdamer Konferenz 1945 bestätigt worden war, nicht den Anschluss an die Entwicklungen in den Westzonen zu verlieren. Allerdings hatte der Demokratiebegriff im sowjetischen Verständnis nichts mit einer freiheitlichen Grundordnung nach westlichen Maßstäben zu tun. Vielmehr sollten unter dem Deckmantel eines vordergründig geduldeten parlamentarischen Systems in der SBZ Tatsachen geschaffen werden, die eine politische Entwicklung im kommunistischen Sinne garantierten. Die erklärte Zielsetzung war es, durch Wahlen, die, obwohl allgemein und vergleichsweise frei angelegt, unter der Kontrolle der Besatzungsmacht standen, der SED zu demokratisch begründeten Mehrheiten zu verhelfen. Damit verband sich die Hoffnung, dem bereits fortschreitenden Prozess der Sowjetisierung in der SBZ der Schein einer breiten Legitimation zu verschaffen. Sowohl die SED-Führung als auch die Offiziere der SMAD waren davon überzeugt, dass die deutsche Bevölkerung nach den bitteren Erfahrungen mit der Weimarer Republik und der NS-Diktatur den Weg in den Sozialismus bereitwillig unterstützen werde. Dies erwies sich allerdings als eine schwere Fehleinschätzung: Trotz massiver Eingriffe der SMAD in den Wahlkampf gelang es den Einheitssozialisten nicht, den beabsichtigten überwältigenden Sieg einzufahren. Wie bei den vorhergegangenen Gemeindewahlen vom September 1946 fielen auch bei den Landtags- und Kreistagswahlen im Oktober die kommunistischen Mehrheiten knapp aus. In den Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt errangen die „bürgerlichen“ Parteien CDU und LDP die Mehrzahl der Sitze.

In den Landesparlamenten trafen nun zwei gegenläufige Entwicklungen aufeinander, die zugleich den generellen Transformationsprozess in der SBZ repräsentierten. Auf der einen Seite bildeten die Parlamente im Verlauf der ersten Legislaturperiode bis 1950 für die SED-Führung ein wichtiges Instrument, um die aus Moskau vorgegebenen bzw. in Ost-Berlin beschlossenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Maßnahmen mit Hilfe der Landesgesetzgebung umzusetzen. Zwar verloren die Landtage im Zuge der Ausweitung der Kompetenzen für die Deutschen Zentralverwaltungen, die auf zentraler Ebene agierten, seit Mitte 1947 nach und nach einen Großteil ihrer legislativen Kompetenzen. Gleichwohl waren die Kommunisten allein aus propagandistischen Zwecken daran interessiert, unpopulären Vorstößen und politisch bedeutsamen Entscheidungen den Schein einer über die Parteigrenzen hinausgehenden demokratischen Zustimmung zu verschaffen. Bei diversen Gesetzesvorlagen etwa für die Landwirtschaft, bei der Enteignung und Verstaatlichung von Betrieben, aber auch bei der Volkskongressbewegung oder der Durchsetzung des Zweijahresplanes 1948 wurde seitens der SED mit tatkräftiger Unterstützung durch die Besatzungsmacht versucht, dieses taktische Prinzip umzusetzen. Die mit den „bürgerlichen“ Parteien ausgehandelten Kompromisse trugen zumeist nur formalen Charakter. Im Gesamtprozess der



Durchsetzung der SED-Diktatur fielen sie kaum ins Gewicht. Innerhalb des Prinzips der Blockpolitik, dessen sich die Einheitssozialisten bedienten, um erstens ihren Macht- und Führungsanspruch auszubauen und zweitens die CDU und LDP in den eigenen Kurs einzubinden, kam den Landtagen eine nicht zu unterschätzende Rolle zu.

Auf der anderen Seite war ein Großteil der „bürgerlichen“ Abgeordneten, die sich aufgrund ihrer Wahlerfolge vom Herbst 1946 in ihrer Überzeugung bestärkt fühlten, den „wahren“ Willen der Bevölkerung zu vertreten, keineswegs geneigt, den eingeschlagenen Kurs der Sowjetisierung unwiderrprochen hinzunehmen. Im Gegenteil: Bis 1948/49 stellten sich die politischen Weichenstellungen in der SBZ für die meisten nichtkommunistischen Volksvertreter noch als eine offene Angelegenheit dar. In den Landtagen drängten Christdemokraten und Liberale selbstbewusst auf einen echten demokratischen Neuanfang und forderten die Einheitssozialisten auf, die in den Landesverfassungen und den Geschäftsordnungen der Volksvertretungen festgeschriebenen parlamentarischen Spielregeln einzuhalten. Die erhitzten Debatten in den Plena und den Ausschüssen der Landtage, die scharfe Kritik an der einseitigen Ausrichtung der von der SED vorangetriebenen Umwälzung sowie die Proteste gegen die allmähliche Aushöhlung der Rechte der Parlamente belegen, dass in den Reihen der „bürgerlichen“ Abgeordneten ein beträchtliches Reservoir an oppositioneller Bereitschaft vorhanden war, sowohl der sowjetischen Besatzungsmacht als auch den Absichten der SED Widerstand entgegenzubringen. Der seit 1948 forcierte Gleichschaltungsprozess in den Landtagen ging mit verbalen Attacken, Diffamierungskampagnen, parteiinternen Säuberungswellen sowie Verhaftungen von missliebigen Abgeordneten einher. Die in den Landesverfassungen verankerte Immunität bestand letztlich nur auf dem Papier. Dennoch ließen sich viele nichtkommunistische Mandatsträger dadurch keineswegs grundsätzlich einschüchtern: Ihre Reaktionen auf die Entmachtung und Gleichschaltung der Landtage zeigten vielmehr die ganze Bandbreite politische Verantwortung auf, die von offener Gegenwehr über Resignation und Flucht in die Westzonen bis hin zur freiwilligen Anpassung an die sich wandelnden Verhältnisse reichte.

### III.

Die Studie möchte dazu beitragen, die bislang wenig bekannte Geschichte der ostdeutschen Landtage aufzuarbeiten. Anhand von zwei ausgewählten Beispielen, den Parlamenten Brandenburgs und Thüringens, wird der wechselvollen Entwicklung dieser Volksvertretungen nachgegangen. Dabei zeichnen sich zwei große Themenkreise ab, die im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Zunächst wird es darum gehen, den politischen Stellenwert der Landtage im politischen System der SBZ/DDR auszuloten. Es stellt sich die Frage nach den Kompetenzen der Parlamente, die ihnen durch die 1946/47 verabschiedeten Landesverfassungen zugestanden wurden, sowie um ihre Einbettung in die von der SMAD vorgegebenen und von der SED dominierten Machtstrukturen. Um festzustellen, über welche Handlungsspielräume die Landtage bei der Gestaltung von Politik erfügten, wird ihr Verhältnis zur Besatzungsmacht, zu den Landesregierungen und zu den Deutschen Zentralverwaltungen ebenso berücksichtigt wie die besondere Stellung der Landesblockausschüsse. Ferner soll beantwortet werden, inwieweit der Begriff des „Minimalparlamentarismus“ (Werner J. Pat-

zelt), der in der Politikwissenschaft Anwendung findet, um die politische Bedeutung der Volkskammer in der DDR zu umschreiben, auch auf die Landtage übertragbar ist.

Mit der Durchsetzung des Sozialismus stalinistischer Prägung in der SBZ veränderte sich zwangsläufig die Rolle der Landtage. Sie verwandelten sich allmählich in „sozialistische Volksvertretungen“, die letztlich nur noch als „bloße Repräsentativ- und Akklamationsorgane“ (Manfred Koch) der SED-Politik fungierten. Spätestens nach den Oktoberwahlen von 1950, bei denen die Mandate für die Parlamente nach einem festgelegten Schlüssel per Einheitsliste verteilt wurden, verloren die Landtage den letzten Rest ihrer Selbstständigkeit. Aber wie reagierten die Parlamentarier aus den „bürgerlichen“ Fraktionen auf den schleichenden Prozess ihrer eigenen Entmachtung? Hierzu wird den – letztlich vergeblichen – Strategien nachzugehen sein, die von den CDU- und LDP-Fraktionen entwickelt wurden, um die Folgen der fortschreitenden Sowjetisierung aufzuhalten oder sie zumindest in ihren Konsequenzen abzumildern.

Weil eine auf sämtliche Landtage gerichtete Untersuchung selbst den Rahmen einer Dissertationsschrift sprengen würde, muss zwangsläufig eine inhaltliche Beschränkung erfolgen. Der Auswahl des Brandenburgischen und Thüringer Landtags als Untersuchungsgegenstände liegen mehrere Gründe zugrunde. Im Kern lassen sich sie auf die Frage reduzieren, ob aus den unterschiedlichen historischen Ausgangsbedingungen und den verschiedenen Mehrheitsverhältnissen, die sich bei den Wahlen 1946 ergaben, auch andere Wege zur politischen Gleichschaltung resultierten. Allerdings ist die Studie nicht als ein strenger Vergleich zwischen zwei Volksvertretungen angelegt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich eine direkte Gegenüberstellung der beiden Landtage in zahllosen, kaum übertragbaren Quisquilien verlieren würde, die von nahezu beliebiger Aussagekraft wären. Vielmehr dienen die ausgewählten Beispiele als eine „empirische Materialgrundlage“, die helfen soll, das für diese besondere Phase in der SBZ/DDR Typische herauszuarbeiten. Dies bedeutet nicht, dass Unterschiede ausgeblendet werden, sie ordnen sich jedoch den Fragestellungen unter und stehen nicht eo ipso im Mittelpunkt.

Eine weitere Herausforderung stellt der Umstand dar, dass sich die Arbeit in den Landesparlamenten kaum von anderen Politikbereichen trennen lässt. Während der ersten Legislaturperiode von 1946 bis 1950 übten viele Abgeordnete mehrere Funktionen gleichzeitig aus. Der Sitz im Landtag war nur eine Tätigkeit unter vielen: Neben Mandaten in den Kreistagen, Gemeinde- und Stadtverordnetenversammlungen, Ämtern als Kreis- oder Stadträte traten diverse Funktionen innerhalb der Parteien und Massenorganisationen. So wird erklärbar, dass der überwiegende Teil der Abgeordneten, die ihre Landtagsmandate aus politischen Gründen aufgeben mussten, dies nicht aufgrund ihres politischen Fehlverhaltens in den Landesparlamenten taten. Vielmehr erklärten sich die Ursachen aus dem angeblich „reaktionären“ Verhalten dieser Personen in ihren anderen Funktionen, so dass sie für die jeweiligen Parteien nicht mehr tragbar schienen. Auch die Diffamierungskampagnen der SED gegen einzelne Abgeordnete entsprangen in der Regel dem kommunalpolitischen Umfeld. Die genannten Beispiele zeigen, dass die Studie eine Verzahnung der unterschiedlichen kommunalen und landespolitischen Aktionsebenen leisten muss, ohne dabei in eine Geschichte der Lan-

desverbände auszuarten oder sich in den kommunalen und lokalen Niederungen zu verlieren.

Für die Untersuchung steht eine breite Quellengrundlage zur Verfügung. Neben den Beständen zu den Landtagen von Brandenburg und Thüringen und Unterlagen der SED-Landesleitungen, die in den jeweiligen Staatsarchiven aufbewahrt werden, sind besonders die Akten aus dem Parteiarchiv der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach (LDP) und dem Archiv für christlich-demokratische Politik in Sankt Augustin (CDU) von zentraler Bedeutung. Eine wichtige Ergänzung findet sich mit den Akten der zentralen SED-Führungsgremien und ihrer nachgeordneten Abteilungen. Wie auch die Unterlagen der Nationalen Front und diverser anderer Einrichtungen in der DDR, die für das Thema von Belang sind, können diese Bestände im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde eingesehen werden. Um das Bild zu vervollständigen, muss gleichfalls die Perspektive der Besatzungsmacht mit berücksichtigt werden. Trotzdem versteht sich die Arbeit nicht als ein weiterer Beitrag zur SMAD und ihrer Einflussnahme auf das politische System der SBZ/DDR. Hierzu liegen bereits wichtige Forschungsergebnisse vor. Vielmehr geht es darum, den Handlungsmöglichkeiten „bürgerlicher“ Landespolitiker unter den Bedingungen in der sich etablierenden sozialistischen Diktatur nachzuspüren.

### **Kurzbiographie**

Michael Bienert, 1978 in Lemgo geboren, studierte Geschichte und Germanistik/Literaturwissenschaft an der Universität Potsdam und der Freien Universität Berlin. 2001 Studienaufenthalt in den USA. 2006 Abschluss des Studiums mit einer Magisterarbeit zum Spandauer Kriegsverbrechergefängnis. Seit Januar 2007 Stipendiat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Veröffentlichungen u. a.: *Orte der Demokratie in Berlin. Ein historisch-politischer Wegweiser* (Co-Autor, 2004); *Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt* (Mithrsg., 2007).

## **Integrationsprozesse infolge der deutschen Vereinigung: Die Soldaten der NVA und die ‚Armee der Einheit‘**

von Dr. Nina Leonhard

Die Nationale Volksarmee (NVA), die laut Verfassung von 1968 den Auftrag hatte, „die sozialistischen Errungenschaften des Volkes gegen alle Angriffe von außen“ zu schützen, war das größte und bedeutendste Element der Landesverteidigung der DDR. So sehr die NVA von ihrem eigenen Anspruch her eine Armee aus dem und für das (ostdeutsche) Volk war, so sehr war sie gleichzeitig auch eine Armee der Partei. Alle relevanten Entscheidungen im Bereich der Streitkräfte wurden vom Politbüro des Zentralkomitees der SED getroffen. Eine parlamentarische Kontrolle oder demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Soldaten gab es nicht. Die enge Verbindung zwischen Partei und Armee zeigte sich darüber hinaus nicht nur an der personellen Verflechtung der obersten Führung, sondern auch am hohen Anteil von SED-Mitglieder unter den Berufssoldaten, vor allem unter den Offizieren, die seit den 1960er Jahren zu über 90 Prozent ein Parteibuch besaßen.

Seit der Einführung der Wehrpflicht 1962 gehörte der befristete Dienst in den Streitkräften zum normalen männlichen Lebenslauf in der DDR zu. Der Soldatenberuf selbst war allerdings trotz (oder vielleicht auch wegen?) der staatlichen Werbungs- und Förderungsmaßnahmen bei der Bevölkerung der DDR nicht besonders hoch angesehen. Vergünstigungen für Offiziere und ihre Familien z.B. bei der Versorgung mit knappen Gütern oder im Bildungsbereich, die seitens der Betroffenen als Ausgleich für die besonders hohe Dienstbelastung verstanden wurde, stießen bei den ‚normalen‘ DDR-Bürger eher auf Neid und Ablehnung. Aufgrund der bewussten Isolierung der NVA-Soldaten von der Zivilbevölkerung gab es zudem vergleichsweise wenig Kontakt und Austausch.

Als es nach dem Mauerfall um die Zukunft der NVA und ihrer Angehörigen im vereinten Deutschland ging, bestand seitens der meisten Ostdeutschen vor diesem Hintergrund wenig Interesse, sich mit der Situation der Berufssoldaten auseinander zu setzen. Aus westdeutscher Sicht galten Vorstellungen von einem Fortbestehen der NVA nach der Vereinigung, wie sie zwischenzeitlich vom letzten Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, vertreten wurden, ohnehin als abwegig. Entsprechend wurde im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR die Auflösung der ostdeutschen Streitkräfte beschlossen: Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 gingen alle Waffen, Munition und Liegenschaften der Nationalen Volksarmee auf die Bundeswehr über. Alle Generale und Admirale der NVA, alle noch verbliebenen Politoffiziere, Soldaten über 55 Jahre sowie die weiblichen Armeeangehörigen (mit Ausnahme der Offiziere des Sanitätsdienstes) wurden entlassen bzw. in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Von der Bundeswehr vorläufig übernommen wurden rund 90.000 NVA-Soldaten: 39.000 Wehrdienstleistende sowie rund 51.000 Zeit- und Berufssoldaten. Während die Wehrdienstleistenden ihren Wehrdienst in der Bundeswehr beendeten, wobei die in der NVA geleistete Dienstzeit voll angerechnet wurde, galt für die Zeit- und Berufssoldaten ein zweistufiges Auswahlverfahren: Zunächst konnten sie

sich bei der Bundeswehr als Soldat auf Zeit für die Dauer von zwei Jahren (SaZ 2) bewerben. Nach Ablauf dieser Zeit wurde in einem zweiten Schritt über eine weitere Verpflichtung als länger dienender Zeitsoldat oder als Berufssoldat entschieden. Letztlich wurden insgesamt rund 10.800 ehemalige NVA-Soldaten, darunter 3.000 Offiziere, 7.600 Unteroffiziere und Feldwebel sowie 200 Mannschaftssoldaten dauerhaft von der Bundeswehr übernommen. Die anderen schieden aus dem Militärdienst aus und mussten sich auf dem zivilen Arbeitsmarkt eine neue Beschäftigung suchen.

Aus Sicht des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) wurde die „militärische Vereinigung“ (Ehlert) mit dem Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern und mit Abschluss des Übernahmeverfahrens für NVA-Soldaten erfolgreich beendet. Aus soziologischer Perspektive stellt jedoch das Ausscheiden der ostdeutschen Soldaten aus dem Militär bzw. ihr Wechsel in die Bundeswehr den Beginn eines längerfristigen Prozesses ihrer Integration in die Gesellschaft des vereinten Deutschlands dar. Das vorliegende Forschungsvorhaben untersucht die Bedingungen dieses Integrationsprozesses. Grundlage hierfür sind berufsbio-graphische Interviews mit NVA-Soldaten, die sich teils nach 1990 bei der Bundeswehr weiterverpflichtet haben, teils nach der Vereinigung aus dem Militär ausgeschieden sind. Das besondere Augenmerk liegt auf den in den Interviews zum Ausdruck kommenden Identitätskonstruktionen. Im Zentrum steht erstens die Frage, welche Rolle der Bezug zur DDR-Vergangenheit für die gesellschaftspolitische Selbstpositionierung der Angehörigen der untersuchten Berufsgruppe im Vergleich zu anderen Aspekten hat. Zweitens soll herausgearbeitet werden, welche Bedeutung hierbei den vergangenheits- und geschichtspolitischen Rahmenbedingungen zukommt, die den Vereinigungsprozess strukturiert haben. Damit ist vor allem die Strategie des Bundesministeriums der Verteidigung gemeint, strikt zwischen der Nationalen Volksarmee als Institution der DDR und den Soldaten als Individuen zu trennen, um eine klare Distanz zur ostdeutschen Militärgeschichte herzustellen und der Bundeswehr gleichzeitig zu einem glaubwürdigen gesamtdeutschen Image als ‚Armee der Einheit‘ zu verhelfen. Das Forschungsprojekt zielt letztlich darauf ab, ein Modell zu entwickeln, das den Einfluss soziokultureller Faktoren auf den Verlauf der ostdeutschen Transformation seit 1989/90 auf individueller Ebene abbildet und bezogen auf die hier untersuchte Berufsgruppe Erfolge bzw. Misserfolge von Integration erklärt.

Den Kontext für eine solche Untersuchung von Integrationsprozessen seit 1989/90 bilden die institutionellen Rahmenbedingungen der deutschen Vereinigung. Die Entscheidung für einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes und gegen eine Konföderation (und die damit verbundene Ausarbeitung einer neuen Verfassung) nach Artikel 146 bedeutete einen vollständigen Institutionentransfer von West nach Ost. Die damit verbundene Komplexitäts- und Problemreduktion ermöglichte den schnellen Vollzug der Einheit, wobei in Kauf genommen wurde, dass vereinigungsbedingte Probleme aus dem politischen Entscheidungsbereich in andere gesellschaftliche Sphären ausgelagert wurden. Durch die institutionelle Ausweitung der Bundesrepublik auf das Territorium der DDR wurden die Ostdeutschen von einem Tag auf den anderen mit einem erheblichen Anpassungsdruck

konfrontiert. Das Verhältnis der Ostdeutschen zu den transformierten institutionellen Settings kann dabei mit der Denkfigur des ‚Fremden‘ beschrieben werden: Nach Alfred Schütz zeichnet sich der Fremde durch Unkenntnis der „Kultur- und Zivilisationsmuster“ aus, die von den Mitgliedern der Gruppe, der er sich nähert, als selbstverständlich akzeptiert werden. Die Überwindung von Fremdheit und Integration in die neue Gruppe erfolgt durch eine aktive Aneignung der fremden Wissensbestände. Bis dahin bleibt er „unter allen Umständen von den Erfahrungen ihrer Vergangenheit ausgeschlossen“. Denn aus der Sicht der Gruppe ist er „ein Mensch ohne Geschichte“, dessen Loyalität zudem zweifelhaft ist, da er aus Unkenntnis der Grundannahmen der Mitglieder der Gruppe fast alles, was diesen als natürlich gegeben erscheint, infrage stellt.

Mit gewissen Einschränkungen lässt sich diese von Schütz beschriebene Position des Fremden als Heuristik zur Bestimmung der Situation der Ostdeutschen nach der Vereinigung verwenden. Denn das Wissen, das zu Zeiten der DDR Bestand hatte, verlor mit der ‚Wende‘ 1989/90 in Teilen – insbesondere mit Blick auf die Funktionsweise von Staat und Gesellschaft – seine Gültigkeit. Um sich in die neue Ordnung des vereinten Deutschlands zu integrieren, waren die Bürger der DDR in vielen Bereichen, wie in der hier betrachteten Sphäre von Arbeit und Beruf, gezwungen, sich mit für sie unbekanntem Regeln und Normen auseinander zu setzen und sich diese zumindest teilweise anzueignen. Nimmt man die Vereinigung aus dieser Perspektive in den Blick, bedeutet dies, Prozessen der soziokulturellen Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Ordnung nachzuspüren und Konstruktionen von ‚Fremdheit‘ bzw. Vertrautheit – hier am Beispiel der Berufssoldaten der NVA – herauszuarbeiten.

Wichtige Anhaltspunkte zur Bestimmung solcher Integrationsprozesse ergeben sich aus der Art und Weise, wie auf der individuellen wie gesellschaftlichen Ebene die Zeit vor der Vereinigung erinnert, d.h. thematisiert und ‚verarbeitet‘ wird. Individuen wie Kollektive definieren sich maßgeblich über ihre vergangenen Erfahrungen und schreiben auf dieser Grundlage ihrem aktuellen und zukünftigen Handeln Sinn zu. Der Bezug zur Vergangenheit spielt in Zeiten einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen wie etwa im Zuge des Zusammenbruchs der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine wesentliche Rolle. In solchen Momenten sind der Einzelne wie die Gesellschaft als Ganzes stärker als sonst herausgefordert, bisherige Grundannahmen zu überprüfen, zu revidieren oder zu bekräftigen.

Auf gesellschaftspolitischer Ebene wurde durch den Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten, der im Modus des Anschlusses vollzogen wurde, die bundesrepublikanische Ordnung bestätigt, die Ordnung der DDR dagegen entwertet und weitestgehend aufgelöst. Solch einschneidende Veränderungen zu legitimieren, stellt die Politik vor besondere Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, sind vergangenheitspolitische Maßnahmen (Bestrafung, Disqualifizierung, Wiedergutmachung) und geschichtspolitische Diskurse (z.B. über die ‚innere Einheit‘ der Ost- und Westdeutschen oder über die Bundeswehr als ‚Armee der Einheit‘) ein wichtiges Medium. Sie organisieren auf der alltagsweltlichen Ebene den gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit, indem sie diese mit Blick auf die Gegenwart

und Zukunft symbolisch verorten. Diese Verortung bildet den Kontext, innerhalb dessen der Einzelne seine Erfahrungen bewertet. Aus den Arbeiten von Maurice Halbwachs wissen wir, dass die Art, wie die Vergangenheit individuell gedeutet wird, wesentlich von den sozialen Rahmenbedingungen der Gegenwart beeinflusst wird. Gleichfalls sind, wie andere erinnerungstheoretische Arbeiten, aber auch die Analysen zur Situation des Fremden von Schütz und anderen zeigen, einmal erlernte Wissensbestände und frühere Erfahrungen nicht von heute auf morgen abzulegen bzw. zu ‚vergessen‘. In Situationen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels tritt daher in der Deutung der Vergangenheit – in den Erinnerungen – die Auseinandersetzung zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Wert- und Handlungsmustern besonders deutlich zutage. Nimmt man also den Einzelnen mit seiner Biographie als Ausgangspunkt, lassen sich so Überschneidungen und Diskrepanzen zwischen individuellen und gesellschaftlichen Wissensbeständen, zwischen alter und neuer Ordnung untersuchen. Inwiefern es gelingt, individuelles und gesellschaftliches Wissen über die Vergangenheit und die Gegenwart in ein spannungsfreies Verhältnis zu bringen, ohne sich als ‚fremd‘ zu definieren, kann dabei als Indikator für eine erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Integration dienen.

Die Chancen wie Probleme einer ‚Bearbeitung‘ von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, wie sie sich mit der Vereinigung 1989/90 stellte, lassen sich am Beispiel der ehemaligen Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee der DDR besonders gut untersuchen. Die Soldaten der NVA waren zu Zeiten der DDR Teil einer Funktionselite, die *qua* Amt in besonderer Weise mit der Gesellschaftsordnung der DDR und der dort herrschenden Staatspartei verbunden waren. Im Kontext der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz ging dies unter anderem mit einer ausgeprägten Ablehnung der Bundesrepublik und ihrer Institutionen einher. Nach der Vereinigung gehörten die ostdeutschen Soldaten aufgrund ihrer Nähe zum System der DDR zu jenem Kreis von Personen, der in spezifischer Weise von vergangenheitspolitischen Maßnahmen betroffen war und bestimmte „Degradierungsrituale“ (M. Gravier) – Durchleuchten des persönlichen Werdegangs, Aberkennung von Bildungs- bzw. Qualifikationsabschlüssen, Kürzung von Renten- und Versorgungsansprüchen, etc. – durchlaufen musste. Für die NVA-Soldaten war das Ende der DDR somit entweder mit einem Berufs- und in diesem Sinne Lebensweltwechsel (in Form einer Rückkehr ins Zivilleben) oder durch den Austausch der Uniform mit einem politischen Seitenwechsel (der vormalige militärische Hauptgegner wurde zum ‚Dienstherren‘, die früheren ‚Feinde‘ zu ‚Kameraden‘) verbunden und bedeutete in jedem Fall eine Art Zäsur hinsichtlich des bis dahin Bekannten. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass eine Integration in das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem für die Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee besonders anspruchsvoll war. Durch den systematischen Vergleich unterschiedlicher Werdegänge nach 1989/90 innerhalb und außerhalb des Militärs, wie sie anhand des erhobenen Interviewmaterials herausgearbeitet werden, lassen sich Erkenntnisse über individuelle wie gesellschaftliche Möglichkeiten und Grenzen von Integration gewinnen. Vor allem aus geglückten Integrationsverläufen sind dabei Aufschlüsse über Integrationspotenziale zu erwarten, die über die betrachtete Berufsgruppe hinaus von Relevanz sein können und Rückschlüsse auf die durch die Vereinigung angestoßenen Transformationsprozesse in Ostdeutschland insgesamt erlauben.

## **Kurzbiographie**

Dr. Nina Leonhard, 1972 in Berlin geboren, studierte von 1992 bis 1996 Politikwissenschaft an der FU Berlin und am Institut d'Etudes Politiques de Paris. 2001 promovierte sie mit einer Arbeit über den Wandel der Erinnerung an die NS-Zeit in ost- und westdeutschen Familien. Seit Ende 2001 arbeitete sie als Wissenschaftlerin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg bei Berlin und war als Lehrbeauftragte in Berlin, Potsdam und Frankfurt/O tätig.



## **Ausbruch wider Willen.**

### **Dissoziierte Identitäten in der Prosa der DDR und der VR Polen**

von Evelynna Schmidt

In seinem Essay „Deutsche Angst“ betonte der Schriftsteller Günter Kunert den Zusammenhang von Mentalität und Geschichtlichkeit. Er verwarf sämtliche Annahmen, die von einer Geschichtslosigkeit der Psyche ausgehen und die mentale Sphäre nur noch als „emotionale Schnörkel“ ansehen, mit der sich die Künste schmücken können, aber von der der sozial dressierte Mensch entkleidet ist.

Wie weit die Psyche der Geschichtlichkeit unterworfen ist, verdeutlichen die literarischen Figuren einer Prosa, die sowohl in der DDR als auch in der Volksrepublik Polen, so unterschiedlich die Entwicklungstendenzen auch verliefen, hervorgegangen ist. Besonders seit den 60er Jahren tritt ein literarischer Typus in beiden Literaturen in Erscheinung, der die Entfremdungsproblematik und die kritische Bilanz des real existierenden Sozialismus durch seine psychische Kondition auf besondere Weise beleuchtet. Am Beispiel ausgewählter Werke der DDR-Literatur wie „Die Spaltung des Erwin Racholl“ Klaus Schlesingers, Erich Köhlers „Der Krott“, Bernd Wagners „Ich will nicht nach Österreich“ und Ulrich Plenzdorfs „Legende von Glück ohne Ende“ und der Literatur der Volksrepublik Polen, so z.B. Jerzy Krzysztońs „Oblęd“ (Der Wahnsinn), Jerzy Broszkiewiczzs „Doktor Twardowski“, Jerzy Andrzejewskis „Appellation“ und Andrzej Pastuszekzs „Łowca gołębi“ (Taubenfänger), soll diese Wechselbeziehung verdeutlicht werden. Gemein ist ihnen allen, dass ihre mentale Verfassung sie zu Außenseitern werden lässt.

Untersuchungsgegenstand meines komparatistisch angelegten Dissertationsvorhabens bilden Figuren, die fern von bewusster Anpassung oder Auflehnung die Unmöglichkeit einer Selbstentfaltung im Sozialismus demonstrieren und damit zugleich die Erziehung eines „neuen Menschen“ negieren, wie sie die sozialistische Utopie verwirklicht sehen wollte. Die Figuren erfahren psychische Veränderungen, auf die sie auf den ersten Blick keinen Einfluss haben und mit der sie sich abrupt konfrontiert sehen. Sie bilden dabei jedoch keine Systemkritiker, die sich in ihrer individuellen Entfaltung durch die Gesellschaftsanforderungen gestört sehen und keinen Platz für sich im sozialistischen Kollektiv finden. Ganz im Gegenteil, bis zum Ausbruch scheinen sie mehr oder minder etabliert. Die Erkrankung der Figuren ist daher nicht die Folge dessen, dass sie sich der Realität bewusst widersetzen. Scheinbar unterliegen sie dem willkürlichen Wandel. Ganz konkrete Formen psychischer Störungen wie Wahnvorstellungen, Paranoia, Schizophrenie und Melancholie bestimmen zunehmend die Optik der Figuren. Je mehr die Krankheit sie beherrscht, desto weniger sind sie an die Wirklichkeit angepasst und nehmen sie als solche wahr. Die dargestellte Realität, die eindeutig im realsozialistischen Alltag angesiedelt ist, spielt eine wesentliche Rolle in dem Krankheitsverlauf der Figuren. Zentraler Gegenstand der Promotion wird die Bestimmung und Entschlüsselung dieses Wechselverhältnisses sein.

Die Konstruktion einer dissoziierten Identität mit Hilfe besagter Krankheitsbilder verweist nicht nur auf die psychische Beschaffenheit der literarischen Figuren und ihrer entworfenen Realität, sondern auch auf eine Wirklichkeit, die sie hervorbringt und deren Abbild sie sind. Dank des literarischen Zugriffs auf diese Topoi, die weit über das medizinische Verständnis hinausgehen, wird ein Figurenmodell geschaffen, das, je nachdem, an welche europäischen Traditionen des Verständnisses über den Wahnsinn in seinen verschiedenen Ausprägungen es anknüpft, Bedeutungsträchtiges aussagt über die sozialistische Ordnung der DDR und der Volksrepublik Polen, ihrem Menschenverständnis und dem totalitär anmutenden Systemcharakter. Diese Schlussfolgerungen implizieren, dass neben der literaturwissenschaftlichen Betrachtung des Wahnsinns in seiner literarischen Gestalt in der Promotion anthropologische, philosophische und historische Diskurse berücksichtigt werden.

### **Kurzbiographie**

Evelyna Schmidt, 1978 in Berlin geboren, schloss ihr Studium der Neueren deutschen Literatur/Polonistik neben Studienaufenthalten in Warschau, London und Barcelona an der Humboldt-Universität im Jahr 2005 ab. Nach Studienabschluss war sie für ein Jahr als DAAD-Sprachassistentin an der Germanistik der Universität Wrocław tätig. Seit 2006 ist sie Doktorandin von Prof. Marek Zybura, der den Lehrstuhl für Germanistik am Willy-Brandt-Zentrum in Wrocław leitet.

## **Vom Recht auf Auswanderung zum ‚ungesetzlichen Übersiedlungsersuchen‘. Die ‚Zurückdrängung‘ von Ausreisewilligen als Politikfeld in der DDR**

von Fabian Klabunde

Die Berliner Mauer hat die DDR-Auswanderungspolitik im kollektiven Gedächtnis der Welt verankert. Allerdings beschränkt sich diese Wahrnehmung auf Grenzanlagen und Schießbefehl sowie auf den Fall der Mauer. Der Hochsicherheitstrakt namens DDR war jedoch keineswegs so hermetisch abgeriegelt, wie es sich die DDR-Machthaber erhofft hatten. Vor und nach dem Mauerbau bekämpften sie den Druck der Emigrationswilligen mit einem erheblichen Anteil ihrer innenpolitischen Aktivitäten. Die Promotion rekonstruiert diese „Auswanderungspolitik“ in Form einer Politikfeldanalyse anhand der Aktenhinterlassenschaft von SED, Staatssicherheit und Innenministerium. Sie beschreibt, wer sich im SED-Staat an der Auswanderungspolitik beteiligte, welche Steuerungsmethoden diese Beteiligten anwendeten und welchen unabhängigen Akteuren innerhalb und außerhalb der DDR die Parteiführung eine Beeinflussung der Politik zutraute.

Es ging der DDR-Führung darum, Übersiedlung in die Bundesrepublik, aber auch in das übrige nicht-sozialistische Ausland zu verhindern. Die Recherchen zeigen, dass die SED dabei über 40 Jahre den Anspruch aufrechterhielt, ihre Bürger müssten die Verwerflichkeit einer Westreise eigentlich selbst einsehen. Die Repressalien und Zwangsmaßnahmen der SED-Auswanderungspolitik machten diese Einsicht allerdings überflüssig. Paradoxe Weise meinten sie, noch mit der „erzieherischen“ Diskriminierung von Reisewilligen deren Einsicht nachzuhelfen.

Die DDR-Führung erließ zur Verhinderung von Auswanderung zahllose Rechtsvorschriften. Soweit diese den tatsächlichen Umgang mit Emigrationswünschen regelten, waren sie geheim. Die wenigen öffentlichen Rechtssätze wie die Passgesetze von 1957, das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1968 oder die Reiseverordnung von 1988 enthielten absichtlich keine klaren Aussagen zur Emigration. Allerdings hielt sich die Staatsführung ohnehin nicht an die eigenen Gesetze: Noch bis 1968 war laut Verfassung der DDR „Jeder Bürger (...) berechtigt, auszuwandern“.

Eigentlich gab es in der DDR nur fünf Jahre lang kein Recht auf Auswanderung. Seit Beginn der Fünfziger Jahre wurden (zeitweise und endgültige) Ausreisen zunehmend behindert. Die SED-Führung erfand unübersichtliche Genehmigungswege und gründete in jedem Dorf Kommissionen für den innerdeutschen Reiseverkehr, die jedem Ausreiseartragsteller sein Ansinnen ausreden sollten. Noch aber konnte man auch ohne Genehmigung die offene Berliner Grenze überqueren, ob nun besuchsweise oder zu Übersiedlungszwecken. Diesen ungenehmigten Grenzverkehr stellte das Passgesetz von 1957, unter Strafe, was den Flüchtlingsstrom jedoch nicht aufhalten konnte. So beschloss die DDR-Führung nach der Flucht von drei Millionen Menschen den Mauerbau. Er bewirkte aber keineswegs die erhoffte Beruhigung. Zunächst bestanden getrennte Familien gegenüber den Behörden

der Diktatur auf ihre Zusammenführung. Da ihnen der SED-Staat schließlich nachgab, stellten immer mehr Menschen aus den verschiedensten Motiven den Antrag auf Übersiedlung. Die Akten zeigen, dass das Regime von nun an andere Politikfelder dem Kampf gegen die Auswanderung unterordnete. So erfasste es unter anderem alle Urlauber und Quartiere an der Ostsee und überwachte sämtliche Wasserfahrzeuge und Schwimmhilfen, um ein Entkommen über das Meer auszuschließen. Auch der gesamte Reiseverkehr war von der Fluchtverhinderung dominiert. In den Westen durfte selbst bei Todesfällen und Jubiläen von nächsten Verwandten nur Handverlesene reisen, bei denen keine Gefahr bestand, dass sie nicht zurückkehrten. Aber auch Reisen in den Ostblock wurden genaustens überwacht, die „Bruderorgane“ des MfS in Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien leisteten verlässliche Arbeit bei der Jagd auf Grenzverletzer. Auf frei verkäufliche Landkarten manipulierte das Regime das Grenzgebiet so, dass sich Fluchtwillige verlaufen mussten.

Druck und Belehrung sollten die Auswanderer umstimmen

In geheimen Verwaltungsvorschriften legte die SED-Führung berufliche, politische und soziale Diskriminierung von Emigrationswilligen fest. Es gab für ganze Berufsgruppen Anweisungen zur deren Entlassung oder Degradierung im Falle eines Ausreiseantrages, die sich nicht nur an Betriebe richteten, sondern gleich mit an die Gewerkschaftsvertreter und Arbeitsrichter. Wer öffentlich ein Schild aufstellte auf dem „Ich will ausreisen“ stand, machte sich der „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ nach § 214 StGB strafbar. Wer sich mit anderen Ausreisewilligen beriet, betrieb einen „Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzeswidriger Ziele“ nach § 218. Wer einmal verurteilt war, gegen den konnten Auflagen wie ein „Berlinverbot“ oder eine tägliche Meldepflicht verhängt werden. Wem die Behörden die Flucht über weniger gesicherte Grenzen der sozialistischen Nachbarländer zutrauten, entzogen sie den Personalausweis um ihn an der Pass- und Visafreien Ausreise in die CSSR zu hindern. Auch die Methode der Zersetzung gehörte nachweislich zum Instrumentarium gegen „hartnäckige“ Antragsteller. Dabei nutzte das MfS Methoden des subtilen Psychoterrors, um den persönlichen Willen zu brechen.

Gleichzeitig erhob die SED-Führung die argumentative Einflussnahme auf Ausreiseantragsteller zur Hauptaufgabe ganzer Zweige der Verwaltung und der Betriebsleitungen. Die so genannten „Aussprachen“ waren ein Kernstück der Politik der „Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen“. Tatsächlich entsprachen sie eher Verhören oder Zwangsbelehrungen. Während der Existenz der Mauer beantragten Hunderttausende die Ausreise in den Westen. Nahezu jeder musste unzählige „Aussprachen“ über sich ergehen lassen, bevor der Staat der Ausreise willkürlich und meist nach mehreren Jahren zustimmte. Insbesondere Kader der Arbeitsstellen bzw. der Abteilung Inneres wollten immer wieder über Motive, Mitwisser und den Sieg des Sozialismus diskutieren, nur um am Ende die Aussichtslosigkeit des Unterfangens zu betonen. Das SED-Regime wartete dabei nicht das Ergebnis seiner Überzeugungsversuche ab, sondern konfrontierte die Betroffenen parallel zu den Aussprachen mit dem gesamten Spektrum an Sanktionen. Die SED-Führung sah offenbar keinen Widerspruch darin, Emigrationswilligen zahlreiche Nachteile zuzumuten und gleichzeitig von ihnen ein Bekenntnis zum DDR-Sozialismus zu erwarten. Vielmehr setzte sie anscheinend

auf den erzieherischen Effekt. Die Kombination aus Repressalien und individueller belehrender Einwirkung war eine hervorstechende Methode des DDR-Regimes. Die Arbeit fasst sie als „persönliche Persuasion“ zusammen. Die politische Steuerungsmethode der Persuasion bedeutet übersetzt Überredung und setzt in ihrer weit verbreiteten Erscheinungsform eher auf massenkommunikative Plakatkampagnen. Die individuelle Form der Persuasion als Steuerungsinstrument ist hingegen Ergebnis der Untersuchung.

Die SED mobilisiert eine „breite gesellschaftliche Front“

„Demokratischen Zentralismus“ nannte die SED-Führung ihre Entscheidungsgewalt über fast alle Lebensbereiche wie Schule, Arbeitsplatz oder Freizeitaktivitäten. Sie reichte bis in die zwischenmenschlichen Beziehungen im Verwandten- und Freundeskreis. Überall dort wollte das Regime Bespitzelung, Diskriminierung und Rechtfertigungszwang gegen Emigrationswillige erzeugen. Die gesellschaftliche Stigmatisierung auf betrieblicher Ebene funktionierte bis in die späten Achtziger Jahre. Weil sie betriebliche oder persönliche Scherereien mit den Emigrationswilligen fürchteten waren Betriebsleitungen oft schneller mit Kündigungen zur Hand, als es der SED lieb war. Der Betrieb sollte die Ausreisewilligen aus Sicht der SED zwar diskriminieren, aber gleichzeitig überwachen und bekehren. Weigerungen kamen so gut wie nicht vor, auch wenn Betriebsleiter in Einzelfällen monierten, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte vergeudet würden, indem man sie degradierte. Besonders konform verhielt sich die Arbeitnehmersvertretung. Der FDGB, in dem 98 Prozent aller Berufstätigen organisiert waren, segnete alle beruflichen Verschlechterungen ab, auch wenn dafür nicht einmal die dem Arbeitnehmer gesetzlich garantierte Begründung vorlag. Aber nicht nur die Funktionäre, auch die einfachen Gewerkschaftler stimmten in aller Regel einstimmig zu, wenn ihre „unbelehrbaren“ Kollegen aus dem FDGB ausgeschlossen und gerügt werden sollten.

Selbst im privaten Wohnbereich gab es meist zentral kontrollierte Hausgemeinschaftsleitungen oder Hausbuchbeauftragte. So war auch die Nachbarschaft gegenüber den Emigrationswilligen gleichgeschaltet und konnte deren soziale Kontakte und Tagesablauf überwachen. Die mit der alltäglichen Bespitzelung betrauten Abschnittsbevollmächtigten der Polizei konnten sich wiederum jeweils auf mehrere „freiwillige Helfer“ stützen, die ihre Patrouillen, Erkundigungen und Kontrollen verstärkten.

Vielfach sprachen Regimevertreter auch Einzelpersonen mit einem engen Vertrauens- oder Respektsverhältnis zu Antragstellern gezielt an, um sie für die „Zurückdrängung“ zu gewinnen. Dazu gehörten z.B. angesehene Bürger, Ärzte, akademische Lehrer oder sportliche Vorbilder. Aber auch der Druck auf Familienmitglieder, Freunde und Bekannte war institutionalisiert, was nicht selten zu persönlichen Zerwürfnissen mit den Ausreisewilligen führte. Allerdings kam diese „breite gesellschaftliche Front“ immer mehr ins Wanken. Zum einen waren Ausreiseantragsteller ab den frühen Achtziger Jahren keine isolierten Individuen mehr, sondern kannten im Betrieb und in ihrem sozialen Umfeld Gleichgesinnte. Zum anderen verlor die DDR sowohl mit vorsichtigen Liberalisierungen als auch mit restriktiven Maßnahmen bei der angepassten Bevölkerungsmehrheit an Unterstützung. Ab 1986 kritisierten gerade Kollegen und Vorgesetzte die willkürlichen Ausreisegenehmigungen, mit denen die SED-Führung ihr Engagement zur Rückgewinnung hintertrieb. Gleichzeitig empörten sich

immer mehr Bürger, wenn ihre eigenen Anträge auf Westreisen aus Präventionsgründen abgelehnt wurden. Die örtlichen Abteilungen Innere Angelegenheiten waren von den stetig steigenden Ausreisanträgen gerade durch die zeitaufwändigen Aussprachen zunehmend überfordert.

Die UN-Mitgliedschaft bringt Schwung in die Ausreisebewegung

Auch das fortwährende Streben der SED nach internationaler Anerkennung hing eng mit der Auswanderungspolitik zusammen. Zunächst stand der Kampf um die diplomatische Anerkennung und gegen die Hallstein-Doktrin im Vordergrund. Wegen dieses Zieles unterwarf sich die DDR ab 1973 mehreren völkerrechtlichen Verträgen, die das Grundrecht auf Freizügigkeit vorsahen. Dazu gehörten insbesondere die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO, der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die KSZE-Schlussakte. Seitdem beriefen sich Emigrationswillige zunehmend auf diese Rechtssätze. Allein dafür verurteilten DDR-Gerichte anfangs noch DDR-Bürger, weil sie die DDR bezichtigten, das Völkerrecht zu brechen. Allerdings verzichtete das Regime bald auf diese Rechtsauslegung und offenbarte damit Grenzen seines Machtbereiches. Um UNO und KSZE nicht zu verprellen, durften sich Ausreisewillige schon Ende der siebziger Jahre straffrei, wenn auch erfolglos auf ihre Rechte berufen. Auch hielt die diplomatische Anerkennung viele Bürger nicht von ihrem Wunsch auf Übersiedlung ab. Daher richteten sich die diplomatischen Bemühungen des SED-Regimes zunehmend auf die Deutschlandpolitik. Maßgeblich drang die SED auf eine Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit durch die Bundesrepublik, mit der der westdeutsche Vertretungsanspruch für alle Deutschen aufgegeben worden wäre. Dass die Bundesrepublik auf die automatische Einbürgerung ehemaliger DDR-Bürger verzichten könnte, blieb bis zur Amtszeit Egon Krenz' die Verheißung einer schlagartigen Lösung des Emigrationsdrucks.

Der Emigrationsdruck war für das SED-Regime Zeit seiner Existenz eines der elementarsten Probleme. Die Fluchtwellen der Fünfziger Jahre, der Bau der Mauer und die Ereignisse, die zu ihrem Fall führten, verdeutlichen gleichzeitig den Charakter der Diktatur und den Stellenwert der Auswanderungsbewegung für die SED-Herrschaft. Die meisten und die markantesten Signale für den Zusammenbruch der DDR betrafen die Emigration: Die Demonstration am Rande des Liebnecht-Luxemburg-Umzuges am 17.1.1988, die Botschaftsflüchtlinge in Prag, Budapest und Warschau, ihr Triumph bei der Ausreise, die bürgerkriegsartigen Zustände in Dresden bei Durchfahrt der Flüchtlingszüge. Selbst die Montagsdemonstrationen wurden zunächst mehrheitlich von Ausreisewilligen getragen, die in der DDR nichts mehr zu verlieren hatten. Und schließlich fiel die Mauer unter ihrem Druck. Das Scheitern in Bezug auf die Emigrantfrage fiel mit dem Scheitern des gesamten Staates zusammen.

## **Kurzbiographie**

Fabian Klabunde wurde 1977 in Rostock geboren und verließ zehnjährig mit seiner Familie die DDR. In Hamburg ging er gerne zur Waldorfschule, für ein Jahr auch in England, wohin er dereinst zurück will. An der Uni Hamburg studierte er Politologie und Staatsrecht und stritt u. a. als AStA-Vorstand gegen Studiengebühren. Seine Diplomarbeit erforschte die Stasi-Verfolgung Ausreisewilliger. Mit seiner Frau und seinem kleinen Sohn lebt Fabian in Hamburg.

## **Deutsch-deutsche Literaturpolitik: Die Internationale Leipziger Buchmesse 1946 bis 1990**

von Patricia F. Zeckert

„Die Staatsgrenze als Literaturgrenze“ titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im März 1974 anlässlich der Internationalen Leipziger Buchmesse und bezog sich auf den stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke, der auf der Pressekonferenz zwei deutsche Literaturen proklamiert hatte. Tatsächlich aber trug die Buchmesse entscheidend zum literarischen und gesellschaftlichen Austausch zwischen beiden deutschen Staaten bei, so die These meiner Forschungsarbeit. Dieses Wirtschaftseignis im Dienste der DDR-Kulturpolitik war ein zentraler Bestandteil und Motor des Buchsystems der Republik. Auf dem Binnenmarkt sorgte es für die Titelverteilung, nach außen regelte es die Exportgeschäfte. Darüber hinaus bildete die Buchmesse auch einen Ort des kommunikativen Austauschs und der persönlichen Kontaktaufnahme. Die Arbeit konzentriert sich auf die deutsch-deutschen Beziehungen im Rahmen der Messe. Deshalb rücken der Buchhandel und die Verbindung zwischen Bundesrepublik und DDR in den Fokus. Darüber hinaus nutzte der Staat die Buchmesse zur Selbstdarstellung und instrumentalisierte sie politisch. Gleichzeitig übernahm die Veranstaltung für die Bevölkerung eine außergewöhnliche Informationsfunktion innerhalb eines Landes, in dem der Rezipient nicht frei in der Wahl seines Literaturkonsums war.

Diese messtypischen Funktionen – wirtschaftliche, politische, kommunikative und gesellschaftliche – dienen als Analyserahmen, um die Entwicklung der Buchmesse in der DDR aufzuarbeiten. Dabei zielt die Untersuchung über buchwissenschaftliche Fragestellungen hinaus und forscht nach dem kulturpolitischen und alltagsgeschichtlichen Stellenwert. Die Auseinandersetzung erfordert ein multiperspektivisches Vorgehen, da Messen moderner Prägung komplexe Systeme sind, in denen Akteure mit unterschiedlichen machtpolitischen Interessen zusammenwirken. Vereinfacht dargestellt besorgen die Veranstalter hinter den Kulissen die Organisation und Logistik; die Aussteller füllen durch Exponate mit Inhalten. Dies und das Interesse der Besucher machen eine Messe zu der Veranstaltung, als die sie von außen wahrgenommen wird. In einem totalitären Regime kommen übergeordnete lenkende und überwachende Instanzen zu der Triade aus Veranstaltern, Ausstellern, Besuchern hinzu. Dabei ist nicht nur die Beziehung zwischen Messe und Buchsystem zu hinterfragen, sondern ihre Korrelation mit dem gesamtgesellschaftlichen Umfeld. Die Arbeit legt dieses vielgestaltige Wirkungsgefüge der Buchmesse in der DDR und ihren Wandel dar. Als im Mai 1946 in Leipzig die erste Friedensmesse stattfand, blickte man auf eine über 400-jährige Messetradition zurück. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Organisation und Durchführung per Befehl angeordnet. Darunter fand sich auch eine recht bescheidene, aber ambitionierte Buchausstellung. Sie war vom Glauben an das Wiedererstehen des „Leipziger Platzes“ – die Stadt war seit Mitte des 18. Jahrhunderts das Zentrum des deutschen Buchhandels – geprägt. Bis 1949, als die Bücher einen festen Ausstellungsplatz gemeinsam mit anderen Branchen in einem Messehaus angewiesen bekamen, kann man von einer Buch-



messe-Vorstufe sprechen. Die Handelstätigkeit kam allerdings nur schleppend in Gang, da noch nicht alle Verlage eine Lizenz erhalten hatten und die Produktion ob der schlechten Bedingungen wie Papierknappheit und technologischer Unterausstattung litt. Trotz des gesamtdeutschen Anspruchs blieb die Wirkung innerzonal. Vor dem Hintergrund des verschärften Ost-West-Konflikts boykottierten viele Firmen aus den anderen Zonen die Leipziger Messe.

Anfang der fünfziger Jahre wuchs die Zahl der Aussteller aus den westlichen Besatzungszonen langsam. Es bildete sich die allgemeine Praxis heraus, dass westdeutsche Verlage entweder als Einzelaussteller präsent waren oder Bücher lediglich innerhalb von Gemeinschaftsständen präsentierten, die Interzonenhandelsfirmen organisierten. 1953 wurde der Deutsche Buch-Export und -Import gegründet, ein Außenhandelsunternehmen (AHU), welches von da an die Regie über alle diesbezüglichen Verträge übernahm. Allmählich gesellten sich auch internationale Firmen beispielsweise aus der Sowjetunion, der Schweiz, Frankreich und Holland hinzu. Nach und nach prägte die Buchmesse wichtige Bestandteile aus, die die Struktur der Messe in der DDR formten. Als eine dieser Konstanten konnte eine eigene feierliche Eröffnungsveranstaltung etabliert werden, in deren Rahmen der Gutenberg-Preis der Stadt Leipzig verliehen wurde. Bis Anfang der sechziger Jahre konsolidierte sich die Veranstaltung insgesamt. Trotzdem blieb sie nie unberührt von gesamtgesellschaftlichen Ereignissen. So rief die westdeutsche Branchenvereinigung, der Frankfurter Börsenverein des Deutschen Buchhandels, seine Mitgliedsverlage nach dem Mauerbau zur Nichtteilnahme auf.

Da die Buchmesse am alten Standort schließlich wegen des großen Ausstellerandrangs aus allen Nähten platzte, eröffnete das Leipziger Messeamt im Herbst 1963 für sie ein eigens errichtetes Messehaus, das Messehaus am Markt, das von da an bis über die Friedliche Revolution hinaus als Veranstaltungsort diente. Das Jahr des Umzugs stellte in der Buchmesse-Entwicklung eine Zäsur dar, weil sich mit der räumlichen Geschlossenheit ein neues Selbstverständnis verband. Die Aussteller konnten nun auf vier Etagen untergebracht werden. Gleichzeitig bot sich aber auch mehr Raum, der Welt das sozialistische Verlagsschaffen zu präsentieren. Mit der brancheneigenen Örtlichkeit begann sich nun auch Kontinuität auszubreiten; bis zum Ende der DDR vollzogen sich – bis auf eine Ausnahme 1973 – kaum nennenswerte messeimmanente Entwicklungen. Allein anhand der westdeutschen Aussteller lässt sich Stetigkeit ablesen. Insgesamt präsentierten sich etwa 200 Verlage aus der Bundesrepublik innerhalb von Kollektivausstellungen und zirka 40 Firmen leisteten sich einen Einzelauftritt. Nimmt man alle Aussteller zusammen, reisten jeweils zwischen 600 und 1000 Firmen aus 20 Ländern an. Im Jahr 1973 änderte sich der bis dato praktizierte Frühjahr-Herbst-Rhythmus. Durch die Frankfurter Konkurrenz, die immer in nächster Nähe zum Leipziger Herbst-Termin stattfand, war das Messehaus am Markt schlecht besucht. Man entschied, die Buchmesse nur noch einmal jährlich, im Frühjahr, abzuhalten.

In den achtziger Jahren zeigte sich, dass das Veranstaltungsgebäude zu kurzfristig konzipiert gewesen war: Schon wieder herrschte akute Platznot und das Messeamt konnte den Wünschen der Aussteller nach Fläche nie in vollem Umfang entsprechen. Das Messehaus am Markt hatte die Expansionsgrenzen der Buchmesse also baulich abgesteckt. Gleichwohl

war das letzte Jahrzehnt der Buchmesse geprägt von verbesserten deutsch-deutschen Beziehungen. So zeigte der westdeutsche Börsenverein 1984 erstmals eine Gemeinschaftsausstellung, die einen Überblick über die Publikationen der Bundesrepublik geben sollte. Zeitlebens fand die Buchmesse innerhalb der universalen Leipziger Handelsmessen statt, auf denen die unterschiedlichsten Branchen in den Messehäusern der Innenstadt und auf dem Messegelände ausstellten. Die letzte Buchmesse der DDR vollzog sich 1990. Danach lösten Fachmessen das Konzept der Universal-messen ab, das längst als überholt galt. Um die Entwicklung gewichten zu können, bietet sich ein Blick auf das Frankfurter Pendant an. Das Messehaus am Markt bot 8000 qm Ausstellungsfläche, wohingegen in Frankfurt zur Zeit seiner Eröffnung 1963 22.000 qm zur Verfügung standen. Die dortige Buchmesse fand erst seit 1948 statt, aber erreichte alsbald Größenausmaße und einen Grad an Internationalität, an die Leipzig nie herankam. Charakteristisch für die Leipziger Veranstaltung war die starke Präsenz des mittel- und osteuropäischen Buchmarkts, worauf die heutige Messe noch immer zurückgreift. Andererseits bildete sie die entscheidende Institution des deutsch-deutschen Buchhandels.

Um dem multiperspektivischen Ansatz gerecht zu werden und den Forschungsgegenstand umfassend darstellen zu können, wurden Analyseebenen bestimmt. Sie leiten sich ab von den Akteuren sowie deren Zielen und greifen sich herausbildende Strukturen auf. Über die messeimmanente Chronologie hinweg sollen sie helfen, das komplexe Interaktionssystem Buchmesse zu entflechten und so machtpolitische Interessen, Einflussnahme und Wirkungen auf das Umfeld zu veranschaulichen. Unter dem Begriff *Organisation* soll die strukturelle Entwicklung der Buchmesse erfasst werden, beispielsweise anhand der Ausstellerzahlen und der belegten Fläche. Weiterhin gilt es, die Kompetenzen der organisierenden Institutionen zu erörtern. Hinter der Buchmesse verbarg sich kein eigenständiger Messebetrieb, sondern mehrere Einheiten mit klaren, wenngleich nirgendwo festgeschriebenen Zuständigkeiten. Dem Leipziger Messeamt kam es zu, sämtliche Veranstaltungslogistik bereitzustellen. Es sorgte beispielsweise für die Standverteilung, das Mobiliar und die Messeausweise. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler Leipzig veranlasste die verlagsspezifische Organisation, wie die Betreuung der Messegäste, und erfüllte vornehmlich repräsentative Aufgaben. Das AHU Buch-Export und -Import verfügte über die Hoheitsgewalt bei sämtlichen Vertragsabschlüssen mit ausländischen Verlagen. Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel des Ministeriums für Kultur (MfK) schließlich wachte als übergeordnete Instanz darüber, dass die Kulturpolitik des Landes geschlossen nach außen vertreten wurde.

Aufbauend auf dem Auftrag und den Befugnissen Letztgenannter analysiert die Arbeit unter dem Schlagwort *staatliche Repräsentation* die politische Indienststellung der Buchmesse. Sowohl nach innen als Schaufenster für die eigene Bevölkerung, als auch nach außen gegenüber den internationalen Teilnehmern, besonders aus der Bundesrepublik, hatte sie das sozialistische Gesellschaftsbild zu repräsentieren. Der Staat nutzte die Messe als Kommunikationsinstrument, um die Erfolge seines Verlagswesens vor einer internationalen Öffentlichkeit zu inszenieren. Für ein einheitliches Bild sorgte beispielsweise ein thematisch übergreifender Schwerpunkt – wie diverse Jahrestage der DDR – oder die traditionell stattfindende Pressekonferenz des Börsenvereins, auf der hochkarätiges Personal die Errungenschaften

des „Leselandes“ auf propagandistische Weise vertrat. Das zeigte Wirkung: Die westdeutschen Medien nahmen von der Buchmesse vergleichsweise viel Notiz, weil die akkreditierten Journalisten sie als deutliches kulturpolitisches Barometer nutzten.

Über derartige staatstragende Funktionen fand die Buchmesse im Laufe der Jahrzehnte auch zu einer Reihe von Elementen, die auf die Veranstaltung als solches konstituierend wirkten. Diese sollen unter dem Begriff *Rituale* erfasst werden. Wiederkehrende Festivitäten machten die Buchmesse nicht nur zu einer politischen Bühne für Staatsvertreter, sondern auch zu einem kulturellen Erlebnis für die Messegäste und begründeten damit ihre Sonderstellung innerhalb der Universalmesen: die erwähnte Pressekonferenz, der so genannte Internationale Cocktail des Ost-Börsenvereins, aber vor allem die feierliche Eröffnung, bei der der Gutenberg-Preis der Stadt Leipzig verliehen wurde. Auch der Rundgang des Kulturministers – der Staatsratsvorsitzende wurde nie im Buchmessehaus gesehen – war eines dieser Rituale, die für interne Stabilisierung sorgten.

Des Weiteren war die Messe von einem hohen Grad an Observation und demonstrativen Eingriffen geprägt, die das Analysefeld *Kontrolle und Überwachung* thematisiert. Ein Netz aus Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der Volkspolizei, der Zollorgane und des Ministeriums für Kultur führte entsprechende Maßnahmen durch. Beispielsweise interessierte sich das MfS umfassend für alle mit der Buchmesse in Verbindung stehende Aspekte. Die Feindvermutung war allgegenwärtig, und Zielobjekte fanden sich unter sämtlichen Messe-Akteuren (Verlagsvertreter, Offizielle, Fachbesucher, Publikum, Autoren etc.). Auch die Exponate selbst unterstanden der Kontrolle: Eine Kommission unter Leitung von MfK-Mitarbeitern zensierte die Bücher der westdeutschen Aussteller vor der Eröffnung mehrfach und beschlagnahmte davon jeweils über hundert Titel.

Dennoch diente die Veranstaltung in erster Linie der *Handelstätigkeit*. Auf dieser zentralen Institution des deutsch-deutschen Buchverkehrs vereinbarten die DDR-Verlage unter Federführung des Buch-Export und -Import die wirtschaftlich lebensnotwendigen Exportaufträge mit dem Westen. Oft handelte es sich weniger um einen Austausch, da die Ost-Verlage kaum Importaufträge annahmen. Aus unterschiedlichen Motiven hielten die westdeutschen Verlagsleiter trotzdem an der Leipziger Präsenz fest. Letztlich rechtfertigte sich eine Messebeteiligung aber nicht aus emotionalen Gründen – wie einer nicht abgerissenen Verbindung zu den „Brüdern und Schwestern im Osten“ –, sondern erfolgte vordergründig aus ökonomischem Kalkül. Trotz des engen planwirtschaftlichen Korsetts fanden sich innerhalb der Kooperationsformen immer auch gewisse Spielräume.

Eng verknüpft mit den wirtschaftlichen Verbindungen ist der kommunikative Aspekt der Messe, der sich in ihrer Tragweite als deutsch-deutsches *Kontaktforum* ausdrückte. Die Buchmesse fungierte im Kalten Krieg als Bindeglied zwischen Ost und West, sie war ein Ort der Blockbegegnung. Hier ging man tatsächlich auf Tuchfühlung: einerseits in Form des Austauschs über das Medium Buch, das die aktuelle geistig-kulturelle Entwicklung und den Wissensstand der Nachbarländer repräsentierte; andererseits als Raum der seltenen persönlichen Begegnungen. Innerhalb dieses massenhaften Zusammentreffens von Menschen fand ein Informations- und Gedankenaustausch statt – nicht nur zwischen den Verlagsleitern, Lektoren und Autoren aus Ost und West statt.

Als letzter Themenkreis sei der *Publikumsverkehr* genannt. Die alltagsgeschichtliche Relevanz der Buchmesse blieb bisher vollkommen unberücksichtigt. Dabei strahlte sie weit in die (Leser-)Gesellschaft hinein. Ein Besuch in Leipzig kam für Leser einem jährlichen Glanzpunkt gleich, denn über die westdeutschen Verlagsprogramme hatten sie Zugang zu einer Fülle an Informationen. Die Auslagen auf der Messe glichen einem Paradies der Vielfalt im Vergleich zum vom Mangel geprägten, staatlich gelenkten DDR-Buchangebot. Um dies zu kompensieren, wandten private Besucher unterschiedliche Strategien an, um sich Texte vor Ort anzueignen. So kann auch der Buchdiebstahl auf der Messe als ein Symptom der geistigen Unterversorgung angesehen werden. Unter den begrenzten Möglichkeiten, sich in der DDR Zugang zu Westliteratur zu verschaffen, war die Buchmesse ein zentraler Kanal. Außenhandelsplatz, Treffpunkt der „literarischen Öffentlichkeit“, Schauplatz kulturpolitischer Inszenierungen und staatlicher Machtdemonstration, deutsch-deutsches Begegnungsforum, Lese-Ereignis für das Publikum, völkerverbindende Plattform – die vielfältigen Gesichter der Leipziger Buchmesse machen es lohnenswert, diesen Bestandteil der DDR-Gesellschaft fundiert zu untersuchen.

### **Kurzbiographie**

Patricia Zeckert, geboren 1980 in Halle an der Saale, studierte ab 1998 Anglistik und Kommunikations- und Medienwissenschaft in Leipzig und Brest (Bretagne). Ihren Studienschwerpunkt Buchwissenschaft/-wirtschaft schloss sie 2004 mit einer Untersuchung über das Phänomen ungelesener Bücher in privaten Haushalten ab. Seit 2005 ist sie als Lehrbeauftragte an der Universität Leipzig tätig. Die Dissertation betreut Prof. Dr. Siegfried Lokatis.

## Traumschiffe des Sozialismus. Die DDR-Urlauberschiffe 1958 bis 1990

von Andreas Stirn

Bis Anfang der neunziger Jahre lag im Hafen von Stralsund ein schlankes Kreuzfahrtschiff, auf dessen Außenhaut jahrelange Vernachlässigung ihre Spuren hinterlassen hatte. Die „Fritz Heckert“ – so der Name des Dampfers – war eines von drei Urlauberschiffen gewesen, auf denen die DDR zwischen 1960 und 1990 knapp dreihunderttausend Urlauber über die Weltmeere geschickt hatte.

Das Projekt Urlauberschiff war fast so alt wie der Arbeiter-und-Bauern-Staat. Im Sommer 1958 war es erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Auf dem V. Parteitag der SED kündigte der Parteisekretär der Mathias-Thesen-Werft Wismar den Bau eines Kreuzfahrtschiffes an. Angeblich war der Vorschlag dazu von den Arbeitern der Werft selbst gekommen. So stand es zumindest im Neuen Deutschland. „Früher sind die Kapitalisten, die reichen Geldsäcke auf solchen Schiffen gefahren. Heute sollen die Arbeiter auf solchen Schiffen fahren.“, erklärte der Werftvertreter auf dem Parteitagspodium. Die Idee, ein luxuriöses Kreuzfahrtschiff zu bauen, schien bestens geeignet, die ehrgeizigen wirtschafts- und konsumpolitischen Zielstellungen zu illustrieren, die Walter Ulbricht auf dem Parteitag proklamiert hatte. Der Parteichef hatte angekündigt, die DDR werde die Bundesrepublik bis 1961 beim Pro-Kopf-Verbrauch der wichtigsten Lebensmittel einholen und überholen. „Dieses Schiff wird mit seinem Kiel auch die Wogen der Lügen der Adenauer, Lemmer [Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen] und Strauß zerteilen, die doch so gerne das Märchen von der ‚ach so bedauerlichen Bevölkerung der Zone‘ im Munde führen, die von all ihrer ‚sozialen Not‘ befreit werden müsse“, schrieb das Gewerkschaftsblatt „Tribüne“. Noch auf dem Parteitag lobte Ulbricht das Projekt und sein propagandistisches Potential: „Es ist sehr schön, dass wir die politische Macht haben, aber wir müssen auch beweisen, dass unser Wohlstand wächst.“

Was viele DDR-Bürger ahnten, belegen nun die Quellen: Der Vorschlag zum Bau des Schiffes war keineswegs spontan und freiwillig aus der Belegschaft der Wismarer Werft gekommen. Vielmehr war das Projekt von ganz Oben angeordnet worden. Das Berliner Bundesarchiv verwahrt einen unscheinbaren Notizzettel, auf dem Herbert Warnke kurz nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 eine erste Ideenskizze für den Bau eines „Ferienschiff[es] des FDGB“ entworfen hatte. In Zukunft sollten vorbildliche Arbeiter mit einer Reise nach Leningrad ausgezeichnet werden, so die Idee des FDGB-Vorsitzenden. Vor allem die staatstragende Klasse der Arbeiter sollte durch das Versprechen eines besonderen Reiseerlebnisses zur Steigerung ihrer Arbeitsleistungen animiert werden. Mitte der fünfziger Jahre fehlten im Schiffbau jedoch noch die Kapazitäten und im Staatshaushalt die Mittel für ein derart kostspieliges Vergnügen. Dennoch beschloss das Präsidium des Ministerrates 1956, Warnkes Schiffahrtsträume in die Tat umzusetzen.

Noch bevor die „Fritz Heckert“ in Wismar vom Stapel lief, kaufte die DDR 1959 einen schwedischen Passagierdampfer, den sie in „Völkerfreundschaft“ umtaufte. Im Ende 1959 be-

schlossenen Siebenjahrplan wurde der Bau von zwei weiteren Kreuzfahrtschiffen festgeschrieben. Eine kleine Kreuzfahrtflotte unter DDR-Flagge schien greifbar nah. Als die „Völkerfreundschaft“ Anfang 1960 als erstes ostdeutsches Urlauberschiff in See stach, präsentierten die Zeitungen „verdiente Werktätige“ auf dem Sonnendeck, am Fuße der Pyramiden und im Olympiastadion von Helsinki – exotische Bilder, die aus der Bleiwüste der Planerfüllungsmeldungen und Ulbricht-Reden heraus stachen.

Die Urlauberschiffe transportierten eine vergleichsweise kleine Zahl von Touristen über die Meere. Doch das Projekt Urlauberschiff richtete sich nicht an diese Auserwählten allein, sondern an *alle* DDR-Bürger. Wer nicht selbst an Bord gehen konnte, sollte zumindest in seiner Imagination eine Reise ins Schwarze Meer oder nach Nordafrika antreten können. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten vor allem in den ersten Jahren regelmäßig über die exotischen Reiseziele. Über ihr mehr oder weniger geschickt inszeniertes massenmediales Abbild sollten die Schiffe so im In- und Ausland für die Vorzüge und die Leistungskraft des sozialistischen Gesellschaftsmodells und der Planwirtschaft werben. Die drei Urlauberschiffe „Fritz Heckert“, „Völkerfreundschaft“ und „Arkona“ waren demnach nicht nur ein exklusives touristisches Angebot, sondern in die Massenkommunikation des SED-Regimes eingebunden.

Für die Propagandisten stellten die Urlauberschiffe ein ebenso dankbares wie heikles Sujet dar. Schließlich ging es darum, die Belohnung einiger weniger mit geradezu westlich anmutenden Verhältnissen – (relativer) Reisefreiheit und (relativem) Wohlstand – als Ansporn und Vorbild für die vielen darzustellen, für die schon ein Ferienplatz im Thüringer Wald ein Glücksfall war.

Um keine unerfüllbaren Begehrlichkeiten zu wecken, stellten die Medien denn auch nicht den Luxus einer Schiffsreise in den Vordergrund, sondern führten die Reisenden als fleißige Planerfüller vor, die noch auf hoher See unermüdlich über Rationalisierungsmöglichkeiten diskutierten. Für die Daheimgebliebenen sollten die Kreuzfahrer Vorbilder sein und mit ihrem Beispiel signalisieren, dass harte Arbeit sich lohne.

Ihr größtes Output erreichte die Schiffs-Propaganda in den Jahren 1958 bis 1960, in jener Zeit also, in denen die überspannten Entwürfe eines künftigen Wohlstandssozialismus noch nicht durch die Ende 1959 einsetzende Wirtschafts- und Versorgungskrise konterkariert worden waren. Mit dem Mauerbau und den daraus resultierenden Routenbeschränkungen büßten die Schiffsreisen einen Großteil ihres propagandistischen Potentials ein. Die Pläne für den Bau weiterer Kreuzfahrtschiffe wurden zu den Akten gelegt, ein Bildband über eine Mittelmeerreise der „Völkerfreundschaft“ eingestampft. Von der Zukunftseuphorie, die der V. SED-Parteitag verbreiten wollte, war nicht viel übrig geblieben.

Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe, so das Zwischenfazit nach einjährigem Quellenstudium, ist eine Geschichte von Grenzen. Schon vor dem 13. August 1961 zeichneten sich die materiellen und sicherheitspolitisch-ideologischen Beschränkungen des Projektes ab. So hatte der Bau der „Fritz Heckert“ nur unter größten Anstrengungen realisiert werden können. Immer wieder stockten die Arbeiten, weil Material und Arbeitskräfte fehlten. Heraus kam schließlich ein unausgereiftes und nur bedingt hochseetaugliches Schiff, das bereits nach neun Betriebsjahren aus dem Verkehr gezogen werden musste. Über den Unterhalt der

Kreuzfahrtschiffe hatten sich die Verantwortlichen im FDGB und der Deutschen Seerederei (DSR) im Vorfeld nur wenige Gedanken gemacht. Ökonomische Vernunft musste hinter ideologischem Wunschdenken zurückstehen. Die Kosten standen denn auch in keinem Verhältnis zum Ertrag. Ein Jahr nach der Jungfernfahrt der „Völkerfreundschaft“ kritisierte Walter Ulbricht den FDGB heftig für dessen Subventionsmentalität: „Ich sympathisiere durchaus mit den Mittelmeerreisen, das ist gar nicht die Frage, die Frage ist doch, wer zahlt es? Das Schiff, mit dem gefahren wird, muss auch amortisiert werden, das ist nicht berechnet, das wird sozusagen alles auf himmlische Weise gelöst. Da wir aber keine Abteilung der katholischen Kirche sind, geht das nicht.“

Auch die sicherheitspolitisch-ideologischen Grenzen des Projektes zeichneten sich schon vor dem Mauerbau ab. Die Haltung der Partei- und Gewerkschaftsführung gegenüber den Kreuzfahrten, die zunächst vor allem ins „kapitalistische Ausland“ gingen, war höchst ambivalent: Einerseits spekulierten die Funktionäre, etwas vom Glanz der Schiffe könne auch auf die eigene Herrschaft abfärben. Zugleich fürchteten sie, die Konfrontation mit dem höheren Lebensniveau gerade in den skandinavischen Ländern könnte bei den Passagieren die Zweifel an der Überlegenheit des Sozialismus mehren. Mit großem Aufwand und nicht immer durchschlagendem Erfolg versuchte die SED- und FDGB-Führung das Risiko eines Kontrollverlustes zu minimieren. Bereits Ende März 1959, noch vor dem Kauf des MS „Stockholm“, begann das MfS die geheimdienstliche Überwachung des Urlauberschiffes vorzubereiten. Mit dem 13. August 1961 kam schließlich zur ideologischen Grenze die physische aus Stacheldraht und Minenfeldern hinzu. Eine Schiffsreise bot nun eine der letzten relativ ungefährlichen Fluchtmöglichkeiten. Wagemutige ließen sich von Booten des Bundesgrenzschutzes aus der Ostsee fischen oder sprangen im Bosphorus über die Reling. Allerdings war nur ein sehr kleiner Teil der Reisenden bereit, mit einem Sprung ins Ungewisse Frau und Kinder, Auto und Arbeitsstelle hinter sich zu lassen. Vor allem junge, allein stehende Männer wagten diesen Schritt. Über die elektronischen Medien der Bundesrepublik wurden die oft spektakulären „Absprünge“ auch innerhalb der DDR bekannt und konterkarierten die schönfärberischen Darstellungen der DDR-Medien, die die Schiffe stets als Orte der Harmonie und des Vergnügens präsentierten. „Die Vorfälle wurden fotografiert und gefilmt und schädigen das Ansehen unserer Republik sowohl bei unseren eigenen Bürgern als auch im Ausland“, berichtete die ZK-Abteilung Verkehr und Verbindungswesen 1964 an Günter Mittag. Um das zu verhindern, wurden risikoreiche Routen aus dem Programm genommen, die Reisekandidaten im Vorfeld mehr oder weniger gründlich durch das MfS überprüft und die Passagiere an Bord von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des Mielke-Ministeriums überwacht. Nicht nur die Mannschaft, sondern auch die SED-Mitglieder unter den Passagieren mussten bei der Absicherung der Schiffe helfen. Die Auswahl- und Überwachungsmaßnahmen wurden im Laufe der Jahre immer weiter perfektioniert – offensichtlich mit einigem Erfolg. Die Zahl der Republikfluchten ging im Laufe der Jahre immer weiter zurück.

Neben den Fluchten stellten die hohen Kosten der Kreuzfahrten ein weiteres dauerhaftes Problem dar. Allein zwischen 1976 und 1980 mussten Subventionen in Höhe von 65 Millionen Mark bereitgestellt werden, um die „Völkerfreundschaft“ über Wasser zu halten. Jahrelang wurden die Urlauberschiffe auf Verschleiß gefahren. Ersatzteile für die völlig veraltete

„Völkerfreundschaft“ waren schon Anfang der siebziger Jahre nur noch mit Mühe aufzutreiben. Die Staatliche Plankommission drängte seit Mitte der siebziger Jahre auf die Einstellung der Kreuzfahrten, konnte sich aber nicht durchsetzen. Trotz finanzieller Verluste und image-schädigender „Republikfluchten“ hielt die SED-Spitze bis zum Ende der DDR an den Schiffsreisen fest. Erst 1985 wurde die marode „Völkerfreundschaft“ außer Dienst gestellt, aber sogleich gegen die moderne „Arkona“ ersetzt. 165 Millionen Valutamark bezahlte die DDR für das luxuriöse Schiff – Geld, das für die Modernisierung der veralteten Industrieanlagen fehlte. Die Medien feierten die „Arkona“ als neuerlichen Beweis für die erfolgreiche „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

Ebenso bedeutsam wie die propagandistischen Verwertungsmöglichkeiten der Schiffsreisen war deren Einbindung in das Privilegiensystem, mit dem die SED die Funktionsträger ihrer Herrschaft bei Laune hielt. Jährlich wurden einige hundert „verdiente Parteiarbeiter“ mit einer Kreuzfahrt versorgt, bei der auch Landgänge in Algier oder Tripolis vorgesehen waren – die loyalsten Diener des Regimes durften dieses auch einmal im nichtsozialistischen Ausland verlassen. Auch der FDGB schenkte langjährigen Funktionären hin und wieder eine Seereise. Aber auch volkswirtschaftlich besonders wichtige Forschungseinrichtungen und Betriebe wie die Wismut oder das Automobilwerk Eisenach bekamen gesonderte Kreuzfahrkontingente zugeteilt. Wer zu den Eliten des Regimes gehörte, hatte es vergleichsweise leicht an eine der knappen Reisen zu gelangen. So wandte sich der Schriftsteller Gerhard Holtz-Baumert 1978 mit der Bitte um eine Schiffsreise an den FDGB-Bundesvorstand. Kurz darauf bekam der populäre Kinderbuchautor, der zugleich Parteisekretär des Schriftstellerverbandes war, eine Zusage für den gewünschten Termin. In den Herbstmonaten des Jahres 1989 wurde das seit Beginn der Kreuzfahrten kursierende Gerücht zum lauthals geäußerten Vorwurf: Die „Bonzen“ hätten sich bevorzugt mit Schiffsreisen versorgt. Harry Tisch sah sich sogar mit staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen einer aus dem FDGB-Etat finanzierten „Arkona“-Reise konfrontiert. Die Korruptionsvorwürfe gegen führende SED-Funktionäre beschleunigten die Erosion ihrer Herrschaft.

Nicht wenige DDR-Bürger versuchten jahrlang vergeblich, ihre „Urlaubskarriere“ mit einer Kreuzfahrt ins tropische Kuba oder durch die norwegischen Fjorde nach Murmansk zu krönen. Eine Kreuzfahrt versprach ein außergewöhnliches Erlebnis innerhalb der in Umfang und Qualität begrenzten Warenwelt der DDR. Die Kreuzfahrtschiffe verkörperten für viele jenen Luxus, der im Alltag kaum zu finden war. Und, mindestens ebenso wichtig: Eine Seereise versprach eine maximale Ausnutzung der Reisemöglichkeiten unter den Bedingungen des „real existierenden Sozialismus“. Das galt umso mehr, als Ende der achtziger Jahre wieder Landgänge im Westen gestattet wurden, um so ein Ventil für die wachsende Unzufriedenheit im Lande zu öffnen. Kaum ein Passagier, der nicht ein Souvenir mit nach Hause nahm, um so seinen Ausflug in die Welt jenseits der Staatsgrenze für sich selbst und nach Außen hin zu dokumentieren. „In der Boutique auf dem Promenadendeck ist ein weißer Leinenbeutel mit blauer Aufschrift ‚Arkona‘ der Schlager“, berichtete das FDGB-Blatt „Tribüne“ 1985. Derartige Andenken signalisierten, dass man einmal „draußen“ gewesen war, sich scheinbar weiter vom Alltag entfernt hatte als der durchschnittliche DDR-Bürger. Den meisten Menschen blieb eine solche Reise jedoch versagt. „Drei Jahre hintereinander habe ich eine Rei-



se mit der ‚Völkerfreundschaft‘ nach Leningrad beim Feriendienst in Limbach-Oberfrohna beantragt. Und obwohl mir vom BGL-Vorsitzenden gesellschaftliche Arbeit im Betrieb und außerhalb desselben auf dem Antrag bestätigt wurde, erhielt ich jedes Jahr einen ablehnenden Bescheid“, beschwerte sich eine Frau aus Sachsen 1978 beim FDGB.

Mitte November 1989 erhielt die „Tribüne“ einen Leserbrief: „In Stralsund liegt ein Schiff und gammelt vor sich hin und trägt den Namen ‚Fritz Heckert‘. [...] Im Zuge der Reiseerleichterungen gehen meine Vorstellungen dahin, dieses Schiff für Kurzreisen im Fahrtbereich ‚Ostsee‘ einzusetzen. [...] Wie wäre es, wenn die Gewerkschaft mal die gute Sache in Angriff nehmen würde, dann könnte das Schiff schon im nächsten Jahr die erste Reise starten.““ Dazu kam es nicht mehr. Anfang 1990 warb die staatseigene Seerederei zum ersten Mal in der Geschichte der DDR-Urlauberschiffe für die Kreuzfahrten. Nach dem Mauerfall war die Nachfrage nach Seereisen stark zurückgegangen. Mit der neu gewonnenen Reisefreiheit verfügten die DDR-Bürger nun über eine Vielzahl von anderen Möglichkeiten, die Welt kennen zu lernen.

### **Kurzbiographie**

Andreas Stirn, 1974 in Berlin geboren und dort mit SERO, Sandmännchen und Solibasars aufgewachsen. 1999 bis 2006 Studium der Geschichte, Soziologie und Literatur an der Humboldt-Universität Berlin. Daneben Tätigkeit als studentische Hilfskraft, Forschungspraktikum bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Mitarbeit an Ausstellungsprojekten. Die Dissertation baut auf seiner Examensarbeit über die Anfangsjahre der DDR-Urlauberschiffahrt auf.

## **Kaffee in beiden deutschen Nachkriegsstaaten: Konsum, Diskurs, Deutungen und Beziehungen**

von Monika Sigmund

*„Wer auch nur einen Tag in unserer Stadt zugebracht hat, lernt bei uns das Kaffeetrinken. Der Lebensrhythmus der Menschen zwischen ihren alten und neuen Mauern richtet sich nach ihren Kaffeepausen. Sie trinken ihn süß, heiß und in ziemlichen Mengen. Man könnte, wäre man Anarchist, die Menschen allesamt demoralisieren, würde man die Zufuhr des geliebten Kaffees sperren. Die Arbeitermacht bei uns darf sich Fehler erlauben, nur den nie, das Herbeischaffen des Kaffees auch nur einen Moment lang zu vergessen.“*

Der Schriftsteller Paul Gratzik beurteilte - in seinem 1977 erschienenen Roman ‚Transportpaule oder wie man über den Hund kommt‘ - die emotionale Verfasstheit seiner Mitbürger in der DDR treffend und mit einer Hellsichtigkeit, die die Mitglieder des Politbüro offenbar nicht teilten. Ein kurzer Blick in die Ereignisse des Jahres 1977 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Genussmittel Kaffee, den Befindlichkeiten der Bürger und den politischen Strukturen:

In den Sitzungen im Juni und Juli 1977 beschloss das Politbüro eine einschneidende Umgestaltung in der Versorgung der Bevölkerung mit den braunen Bohnen: die bis dahin äußerst beliebte kostengünstige Kaffee-Sorte ‚Kosta‘ wurde gestrichen und die Einführung eines Mischkaffees beschlossen. Dieser ‚Kaffee-Mix‘, der zur Hälfte aus Surrogaten bestand, sollte von nun an den Bohnenkaffee ersetzen. Die teuren Marken ‚Mona‘, ‚Rondo‘ und ‚Mokka-Fix-Gold‘ sollten weiterhin angeboten, jedoch in ihrer Qualität herabgesetzt werden. Die Parteiführung verfügte, den neuen Mischkaffee in Kantinen, Gaststätten und bei anderen Großverbrauchern zu verwenden.

Die Ursache für dieses Handeln waren die enorm gestiegenen Preise für Rohkaffee auf dem Weltmarkt, die die ohnehin äußerst angespannte Devisensituation der DDR überforderte. Mit den Maßnahmen hoffte die DDR-Führung einen deutlichen Rückgang des Rohkaffee-Verbrauchs zu erreichen.

In der Bevölkerung brach ein Sturm der Empörung los. Der neue Mischkaffee stieß auf eine breite Front der Ablehnung. Die Menschen äußerten ihren Unmut in Kantinen, Geschäften sowie Lokalen und schrieben Protestbriefe an Handels- und Kaffeebetriebe. „Der Kaffee schmeckte fast so, wie kurz nach dem Krieg ...“ schrieb z.B. Marianne B. aus Mittweida, und ein „starker Kaffeetrinker“ aus Reichenbach äußerte: „... Aber Ihr Bohnenkaffee ‚Kaffee-Mix‘ schmeckt wie Halb und Halb. Nämlich halb Wintergerste, halb Sommergerste.“ Die Bevölkerung wandte sich auch mit Eingaben an die Organisationen der Partei und des Staates. Der ‚Kaffee-Mix‘ – im Volksmund ‚Erichs Krönung‘ genannt – blieb in den Regalen liegen.

Die SED-Führung versuchte gegenzusteuern, indem die Mischung geändert wurde - ohne Erfolg. Schließlich musste sie im Tausch gegen Fertigerzeugnisse Rohkaffee aus diversen Erzeugerländern eilig "organisieren". Hilfe wurde hier vor allem in den sozialistischen Bruder-

ländern Angola, Äthiopien und Vietnam gesucht. Auch die stets so misstrauisch beäugten Westpakete aus der Bundesrepublik wurden angesichts der krisenhaften Situation ganz bewusst von der Parteiführung für die Kaffeeversorgung der Bevölkerung mit eingeplant. (Aus einer Analyse des Geschenkverkehrs mit Westdeutschland geht hervor, dass in den Jahren von 1975 bis 1977 20 bis 25 Prozent des gesamten Kaffeeverbrauches der DDR aus dem Westen stammte).

Die "Kaffeekrise" entschärfte sich ab 1978 wieder, da die Weltmarktpreise für Rohkaffee sanken. In diesem Jahr importierte die DDR für 470 Millionen Valutamark über 500.000 Tonnen Kaffee aus dem nichtsozialistischen Ausland. Dies war etwas mehr als die Menge des Vorjahres, für die 1977 noch 667 Millionen gezahlt worden war. Als weitere Auswirkung der Ereignisse konnten die DDR-Bürger ab 1978 Westkaffee der Marken Jacobs und Tchibo in den Delikat-Läden und anderen Spezialverkaufsstellen in Ostmark erwerben – natürlich zu sagenhaften Preisen. Die schlechte Qualität des DDR-eigenen Kaffees blieb jedoch bestehen - und auch die Klagen der Bevölkerung.

Warum kam es gerade in der Phase, die als die ‚stillen Jahre‘ in der DDR gelten und in denen die allgemeine Zustimmung zur SED-Herrschaft als am stärksten angenommen wird, zu einer solchen Explosion des Unmutes? Und warum verursachte in der an Mangel gewohnten DDR-Gesellschaft ausgerechnet das Thema Kaffee eine solche emotionale Eruption? Warum hatte ausgerechnet ein kaum lebensnotwendiges Genussmittel so hohe symbolische Wirkung? Kann man davon ausgehen, dass im Bewusstsein der DDR-Gesellschaft die Notzeit des Krieges und der direkten Nachkriegszeit 1977 noch so präsent waren, dass Kaffee-surrogate mit den Erfahrungen von damals verbunden wurden? Ist es möglich, wie Niethammer, Wierling und Plato in der Untersuchung der ‚Volkseigenen Erfahrung‘ vermuten, dass das Meckern über die ökonomischen Schwierigkeiten in der DDR sozusagen ein erlaubtes Ventil darstellte für allgemeine Unzufriedenheit? Kam dem Kaffee dabei möglicherweise eine besondere Rolle zu?

Auch in der BRD kamen in den 1970er Jahren Kaffeemixprodukte auf den Markt. „Was schon seit dem Ende des vorigen Jahres ‚auf Verdacht‘ bereit lag, kommt nun mit Schwung in die Regale“ berichtete die „Kaffee und Tee-Markt“, Europas Fachzeitschrift der Kaffee- und Teewirtschaft im Mai 1977. Im Gegensatz zu den sehr getreidelastigen Mixkaffees in den USA enthielten die Mischungen der deutschen Firmen wesentlich mehr Röstkaffee. Marktführer Jacobs entwickelte in Anlehnung an seine in der direkten Nachkriegszeit sehr erfolgreiche Ersatzkaffeemarke ‚Jota‘ den Mischkaffee ‚Jota Sport‘; andere zogen nach, wie Messmer mit „Aromata“ oder die Ibenco GmbH mit ihrem Eigenmarkenartikel „Rogga halb & halb“.

Genau wie in der DDR flopten die Marken. Eine empörte Bevölkerung sucht man im Westen jedoch vergebens. Eher haderten die Kaffeehändler mit den sinkenden Absatzzahlen, suchten ihr Heil in einer intensivierten Werbung und hielten Ausschau nach neuen Zielgruppen. Die Jugend, Bücherfreunde und ähnliche Personenkreise sollten für den Genuss der braunen Bohnen gewonnen werden – Werber kreierten die ‚Boutique in Braun‘ und ‚Jacobs Junior‘ oder verärgerten die Buchhändler, indem sie - bei Eduscho - Hildegard Knefs Bestseller ‚Der geschenkte Gaul‘ als billiges Lock- und Beiwerk zum Pfund gaben.

Kaffee war in jedem Fall ein wichtiges ökonomisches Gut, immerhin das zweitwichtigste Handelsgut der Welt nach Rohöl. Mindestens ebenso zentral war die symbolische Bedeutung des Genussmittels. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, wie präsent in beiden deutschen Staaten die Kriegs- und Nachkriegserfahrung mit Kaffeesurrogaten noch war und welche Teile davon möglicherweise den Erfahrungshorizont bildeten, vor dem die Ereignisse des Jahres 1977 zu verstehen sind. Aber auch jenseits dieser konkreten Ereignisse eröffnet die Betrachtung des Genussmittels Kaffee die Chance, Ähnlichkeiten und Unterschiede im gesellschaftlichen und individuellen Selbstverständnis in beiden Gesellschaften zu erforschen, sowie die Vorstellungen zu untersuchen, die in einem der deutschen Staaten vom jeweils anderen vorherrschten.

Die Untersuchung zu „Konsum, Diskurs, Deutungen und Beziehungen“ von und durch Kaffee möchte die sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedeutungen dieser Ware betrachten. Der Ausgangspunkt ist die Situation nach Kriegsende 1945. Die Bevölkerung beider deutscher Staaten war in der direkten Nachkriegszeit in ihren Erwartungen, Erfahrungen und Grundlagen von der Zeit vor 1945 geprägt. Während vor dem Krieg der Kaffee nach Aufschwung und relativem Wohlstand geschmeckt hatte, wurde ab 1939 der Genuss bitter und geprägt von Rationierung und Mangel, von Substituten und Schwarzmarkthandel - Phänomene, die sich bis weit in die Nachkriegszeit hineinzogen.

Kaffee spielte eine wichtige Rolle auf dem Schwarzen Markt und im Schmuggel. Mit diesen zentralen Problemen hatten die Zonenverwaltungen und beide neugegründeten Staaten gleichermaßen zu kämpfen. Während im allgemeinen Bewusstsein in beiden deutschen Staaten der Genuss von "echtem" Bohnenkaffee als (ein) Gradmesser für die Rückkehr zur Normalisierung des täglichen Lebens gesehen wurde, entwickelten sich die Konsummöglichkeiten und die damit verbundenen Konsumgewohnheiten sehr unterschiedlich.

In der BRD wurde der Kaffee nach dem 'Wirtschaftswunder' der 1950er Jahre zunehmend zum Alltagsgetränk für alle Bevölkerungsschichten. In dem Maße, wie sich der Konsum verbreitete, verschwand das Wort 'Bohnenkaffee' aus dem allgemeinen Wortschatz und der Kaffee verlor seine Eigenschaft als Distinktionsmittel. Die braunen Bohnen wurden zum Feld für Absatzmarktstrategen und schließlich zum Hauptgetränk der Westdeutschen. In den 1980er Jahren bekam das Kaffeetrinken einen politischen Beigeschmack: verstärkt meldeten sich Konsumenten zu Wort und problematisierten die ungerechten Herstellungsbedingungen (wenig später auch die ökologischen Auswirkungen der großen Monokulturen) - ein Diskurs, aus dem der ‚faire Handel‘ hervorgehen sollte.

In Ostdeutschland blieb die Versorgung der Bevölkerung mit Kaffee bis zum Ende der DDR ein Problem, das aus der angespannten Devisenlage resultierte. Dieser Mangel wurde von Partei und Regierung sehr genau analysiert und in höchsten Gremien diskutiert – sogar im Ministerium für Staatssicherheit beschäftigte man sich mit diesem Thema. Der Konsum von ‚Westkaffee‘ verlieh in der DDR einen besonderen Status, diente als inoffizielles Zahlungsmittel und unterschied die DDR-Bürger in Menschen mit und ohne Zugang zu Westwaren. An der Qualität des DDR-eigenen Röstkaffees maßen die Bürger auch die Qualität ihrer Republik. Die symbolische Kraft, die dabei dem Genussmittel innewohnte, lässt sich vielleicht

erahnen, wenn man die exorbitanten Verkaufszahlen der Marke ‚Jacobs Krönung‘ nach 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR betrachtet.

Die mit Kaffee verbundenen Vorstellungen eignen sich auch vorzüglich zur Untersuchung und Darstellung der innerdeutschen Beziehungsgeschichte: Kaffee als ein zentraler Inhalt der westdeutschen Geschenksendungen vermittelt deutlich den Eindruck eines asymmetrischen Beziehungsgeflechtes. Diese Geschenksendungen fielen nicht nur mengenmäßig ins Gewicht, vielmehr manifestieren sich in ihnen auch die Motive und Muster für wechselseitige Wahrnehmungen. Pakete wurden aus sehr unterschiedlichen Motiven gepackt: Für nähere und entfernte Verwandte, für Bekannte und auch für Fremde, wie z. B. in Aktionen von Kirchen und Gewerkschaften. Diese damals als ‚Fremdpakete‘ bezeichneten Sendungen waren überwiegend politisch motiviert und wurden sicher häufig mit einem Gefühl verbunden, im überlegenen Teil Deutschlands zu wohnen. Anschaulich zeigten die Geschenksendungen die bunte Warenwelt des Westens und drängten - gemeinsam mit dem Westfernsehen - zur Wertung im Systemvergleich. Auch der Empfang der Pakete verwies die Beschenkten auf ihre Position im Kalten Krieg. Außerdem spiegeln diese Zuwendungen ein kompliziertes Beziehungsgeflecht wider: Missverständnisse im Hinblick auf die Wünsche und die Bedürftigkeit waren an der Tagesordnung. Zusammen mit den Geschenksendungen wurden auch gegenseitige Wahrnehmungen, politische Einschätzungen, Vorurteile und Empfindlichkeiten ein- und ausgepackt. Auch der ungeklärte Status dieser Gaben - irgendwo zwischen Geschenk und Versorgungspaket angesiedelt - führte zu vielerlei Enttäuschungen. Das Gegengeschenk, oft lokale Spezialitäten wie etwa der weihnachtliche Stollen, offenbarte oft ebenso Verständigungsschwierigkeiten und bescherte der DDR-Wirtschaft neue Probleme. Wirtschaftsfunktionär Alexander Schalck-Golodkowski forderte 1978 sogar ein Stollenschenkverbot – da einige Zutaten, wie Mandeln, Korinthen und Orangeat vorher für teure Devisen aus dem Westen importiert worden waren. Angesichts der Empfindlichkeiten, an die ein solches Verbot vermutlich gerührt hätte, wurde der Vorschlag jedoch zu den Akten gelegt.

Das Thema berührt also eine Vielzahl verschiedener Aspekte, vom Wechselverhältnis zwischen Alltag und Herrschaft bis zum Kaffee als Symbol in der Systemkonkurrenz. Das Erscheinungsbild des Kaffees in der öffentlichen Darstellung und Diskussion verweist auf das individuelle und gesellschaftliche Selbstverständnis, wie auch auf Erwartungen und Wünsche im Wandel von Zeit und Gesellschaft.

Das Projekt ‚Kaffee in beiden deutschen Nachkriegsstaaten‘ will die sozialen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen untersuchen, die sich über den Konsum von Kaffee nach 1945 in und zwischen Ost- und Westdeutschland ergaben. Die Konzentration auf ein Genussmittel in einer vergleichenden Längsschnittuntersuchung eignet sich hervorragend als Indikator für Wertvorstellungen und Wertewandel in den jeweiligen Staaten und in deren Beziehungsgeschichte. Die Untersuchung soll Aufschluss geben über die sich verändernden Konsumbedingungen, Konsumgewohnheiten und Konsumwünsche sowie die damit verbundenen Deutungen, Eigen- und Fremdwahrnehmungen, die Möglichkeiten sozialer Distinktion und die sich verändernden Vorstellungen von Normalität und Wohlstand.

Diese Untersuchung reiht sich in das übergeordnete Forschungsprojekt ‚Kaffee-Welten‘ an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ein, das aus insgesamt drei Teilprojek-

ten besteht. Das hier vorgestellte Projekt zum deutsch-deutschen Kaffeekonsum verortet sich auf diese Weise in einem globalen Zusammenhang von Produktion, Handel und Konsum.

Christiane Berth untersucht in ihrem Projekt die Welt der Kaffeeproduzenten am Beispiel Zentralamerikas. Dorothee Wierling betrachtet die Welt der deutschen Kaffee-Händler und ihre familiären Netzwerke. Durch die Untersuchung von Produzenten, Händlern und Konsumenten werden die lokalen und globalen Beziehungen, die sich beim Handel mit Kaffee und beim Konsum von Kaffee im 20. Jahrhundert entfaltet und verändert haben, auf verschiedenen Ebenen erforscht. Dadurch leistet das dreigliederte Forschungsvorhaben eine umfassende Analyse zur global ausgerichteten Konsum-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.

Die vergleichende Untersuchung der Bedeutungsgeschichte der Ware Kaffee lässt darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum Verständnis deutsch-deutscher Beziehungen erwarten.

### **Kurzbiographie:**

Monika Sigmund, 1965 in Regensburg geboren, studierte Geschichte, Politologie und Soziologie in Augsburg und Hamburg. Ihre bisherigen Themenschwerpunkte und Veröffentlichungen umfassen u. a. die Zeit des Nationalsozialismus in Norddeutschland, Frauenalltag in Kriegs- und Nachkriegszeit und Stadtteilgeschichte in Hamburg. Sie ist Mutter zweier Kinder und zeitweilig an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

## **Die Jagd in der DDR – Zwischen Feudalismus und Sozialismus**

von Meike Haselmann

Die Jagd ist in der Gesellschaft seit jeher ein vieldiskutiertes Thema. Dies ist unter anderem in der historischen Tatsache begründet, dass die Möglichkeit zur Jagdausübung Jahrhunderte lang in den Händen der Mächtigen lag. Mit dieser Tradition wollte die politische Führung in der DDR brechen und schuf durch die Loslösung des Jagdausübungsrechtes vom Grundbesitz ein völlig neues Fundament für das Weidwerk. Gleichzeitig ließ das SED-Regime jedoch im ersten Jagdgesetz der DDR von 1953 festschreiben, dass der Staat jederzeit berechtigt sei, so genannte „Sonderjagdgebiete“ für eigens definierte Personengruppen zu errichten. Dieses Recht hatten sich zuletzt die Fürsten in ihren Jagdverordnungen zu Zeiten des Feudalismus herausgenommen. Der gesetzlich manifestierte Zwiespalt im Jagdwesen der DDR führte letztlich zu einer Teilung in ein öffentliches und ein geheimes Jagdwesen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich immer größere Differenzen zwischen Jagdmöglichkeiten, dem Waffenzugang und vor allem den Jagdbedingungen der normalen Jäger und der von bestimmten privilegierten Personengruppen.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit diesen unterschiedlichen Ausgangskonditionen für das Weidwerk und beleuchtet dessen gesellschaftlichen, kulturellen, alltagsgeschichtlichen und politischen Kontext. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei den Wechselwirkungen zwischen dem öffentlichen und dem geheimen Jagdwesen zu.

### **„Die Jagd gehört dem Volke...“ – Das öffentliche Jagdwesen**

Der politische Anspruch des SED-Regimes spielte eine große Rolle im öffentlichen Jagdwesen der DDR. Es unterstand wie die meisten anderen Lebensbereiche der staatlichen Leitung und war vom institutionellen Aufbau nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus von oben nach unten geregelt.

Die Medien thematisierten das Novum im Jagdausübungsrecht der DDR seit seiner Einführung häufig und instrumentalisieren es dabei immer auch politisch. Auf diesem Feld konnten sie einen starken Gegensatz zum Kapitalismus aufbauen, bei dem sie die „Bonzenjagd“ in der Bundesrepublik in der DDR-Presse zu einer Folge des Kapitalismus stilisierten. Durch die Gegenüberstellung mit dem politischen Gegner konnte das SED-Regime seinen sozialistischen finanzunabhängigen Zugang zur Jagd besonders deutlich hervorheben. Faktisch gründeten fast alle medial angeführten Differenzen zur Bundesrepublik nicht auf Tatsachen, sondern waren lediglich Teil der populistischen Inszenierung.

Die Möglichkeiten in eine Jagdgesellschaft im Bereich des öffentlichen Jagdwesens aufgenommen zu werden, richtete sich allerdings tatsächlich nicht nach der Finanzkraft des Einzelnen. Eine Mitgliedschaft wurde stattdessen von der „persönlichen politischen Eignung“ abhängig gemacht. Nonkonforme DDR-Bürger sollten keinesfalls auf dem Umweg über die Jagd Gewalt über eine Waffe erlangen. Um der großen Bedeutung, die dem Bekenntnis zum Sozialismus zukam, angemessenen Ausdruck zu verleihen, wurde deshalb das Fach

„Staatsbürgerkunde“ zum Pflichtfach für angehende Jäger. In den Lehrstunden nahm es sogar mehr Raum ein als beispielsweise die Erläuterungen über den Umgang mit Jagdwaffen. Nach einem abschließenden persönlichen Gespräch konnte ein Prüfungsgremium gegebenenfalls die Jagdbefähigung verweigern, wenn deren Mitglieder Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit des Anwärters hegten. Wie häufig dieser Fall eintrat, lässt sich schwer beurteilen und hing allein vom Ermessen der Prüfer bzw. deren politischer Einstellung ab. In den Jagdgesellschaften selbst herrschten rückblickend im Bewusstsein vieler ehemaliger DDR-Jäger weitgehend egalitäre Verhältnisse, wie sich in Interviews herausstellte. Aus den Akten ergibt sich allerdings das Bild, dass es beispielsweise beim Abschuss trophäenstarken Wildes eine klare interne Rangordnung gab. In vielen Jagdgesellschaften reservierten die Mitglieder des Vorstandes, die über den Abschuss zu entscheiden hatten, die stärksten Tiere für sich.

Ein Problem, mit dem weitgehend alle Mitglieder der Jagdgesellschaften konfrontiert waren, war die Schwierigkeit bei der Jagdwaffenvergabe. Anders als in der Bundesrepublik und in anderen sozialistischen Staaten, besaßen die Jäger in der DDR keine eigenen Gewehre, sondern mussten diese bei den örtlichen Polizeidienststellen entleihen. Die Waffen waren Staatseigentum und durften nur für die Dauer der Jagd entnommen werden. Diese Maßnahme ging auf das immense Sicherheitsbedürfnis des Staates zurück, dessen Organe auch die Waffenzuteilung für die einzelnen Jagdgesellschaften vornahmen. 1957 wurde in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei entschieden, dass bewusst nur eine ungenügende Anzahl an Gewehren für die Jäger zur Verfügung stehen sollte. Nach außen wurde die Limitierung, die aus Angst des Staates vor einer massenhaften Bewaffnung der Bürger resultierte, als Schutzmaßnahme für die Bevölkerung propagiert. Die Konsequenz dieser Sicherheitspolitik war eine flächendeckende unzureichende Bejagung, die vielerorts zu enormen Wildschäden führte und den Staat jährlich Millionen kostete. Daran konnte auch die Übertragung der Jagdwaffenbeaufsichtigung auf die so genannten Jagdleiter und die verlängerte Ausgabedauer der Gewehre, die ab den sechziger Jahren einsetzte, nur wenig ändern. Die sehr wenigen privaten Jagdwaffen unter den Jägern, von denen jährlich DDR-weit offiziell nur 100 Stück vergeben wurden, gingen an im sozialistischen Sinne besonders verdiente Weidmänner, die in der Regel über gute Beziehungen zu Funktionären verfügten.

Der Anspruch des SED-Regimes den Sozialismus konsequent in allen Gesellschaftsbereichen durchzusetzen, erstreckte sich zunehmend auch auf das jagdliche Brauchtum. Nach Kriegsende hatte die Staatsführung zunächst beschlossen, auf weidmännische Rituale zu verzichten, die maßgeblich durch Forstleute und Jäger im Dienste feudalistischer Herrscher geprägt worden waren. Von dieser Maßgabe musste sie immer weiter abrücken, da aus rein praktischen Gründen auf die meisten Bräuche nicht verzichtet werden konnte.

In einem Rundschreiben des Redaktionsvorsitzenden der staatlich gelenkten Jagdzeitschrift „Unsere Jagd“ hieß es 1976 dazu, dass alle Autoren dazu angehalten waren, „die weidmännischen Sitten und Gebräuche in die sozialistische Jagdkultur einzubetten“. Um allen Bräuchen einen sozialistischen Anstrich zu verleihen, gingen Lehrbücher, Artikel und Aufsätze zu dem Thema nicht mehr auf die Ursprünge der tradierten Handlungen ein. Stattdessen wurden jagdliche Traditionen im Rahmen des Sozialismus neu kontextualisiert, wie das Beispiel



des Schüsseltreibens verdeutlicht. Der historischen Überlieferung nach findet es im Anschluss an eine Jagd zur Ehrung des erlegten Wildes statt. In der DDR legte man die Bedeutung dieses Ereignisses auf den „erzieherischen Wert, der vor allem der Festigung des Kollektivs dienen“ sollte. Ebenso wurden völlig neue weidmännische Sitten eingeführt, die „konsequent der Ideologie des Marxismus-Leninismus“ unterworfen sein sollten.

Da alle Veröffentlichungen zum jagdlichen Brauchtum wie auch zur jagdlichen Ausbildung nur in Zusammenarbeit mit der Staatsführung publiziert werden durften, sicherte sich das Regime auf diese Weise maßgeblichen Einfluss auf die Meinungsbildung unter den Jägern in ihrem Sinne.

Im erst Ende der fünfziger Jahre wieder belebten Institut für Wildforschung der DDR arbeitete man nach bisheriger Auswertung der Institutssatzung und der dort entstandenen Veröffentlichungen ebenfalls nach ideologischen Prämissen. Die politische Beeinflussung war nach offizieller Diktion auf die stetige Steigerung des Wildaufkommens zur Erhöhung der Fleischversorgung der Bevölkerung ausgerichtet. Die SED wollte damit insbesondere die Wilderei ideologisch bekämpfen und durch kollektivistische Jagdorganisation und Brauchtum effektivere und nachhaltigere Wildwirtschaft fördern.

Trotz der politisch-ideologischen Durchherrschung des Jagdwesens auf formaler Seite wurde auf diesem Gebiet gesetzlichen Vorlagen, Formalitäten oder offiziellen Anweisungen im Einzelfall nicht immer Folge geleistet. Dies resultiert zum einen aus den zahlreichen Problemen, die es im Jagdwesen in Bezug auf die Leitungsstruktur gab. Immer wieder finden sich in den Akten Berichte über Leitungs- und Kompetenzkonflikte oder nicht erfüllte Auflagen zwischen Jagdgesellschaften, Kreis-, Bezirks- und Ministerialebene. Dieser Entwicklung setzte der Staat häufig Erziehungsmaßnahmen entgegen, wie zum Beispiel die häufigen Aufrufe zu Wettbewerben, etwa zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Jagdwesen. Diese und weitere Anweisungen sollten im Wesentlichen den fortwährenden Anspruch der SED über die alleinige Entscheidungskompetenz in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen auf der Grundlage ihrer einzig „richtigen“ Weltanschauung festigen.

### **... aber die Hirsche den Funktionären!“ – Das Privilegienjagdwesen**

Die Staatsführung machte mannigfachen Gebrauch von dem ihr im Jagdgesetz eingeräumten Recht, bestimmte Flächen aus dem üblichen Jagdbetrieb auszugliedern.

Was Anfang der fünfziger Jahre noch allgemein als „Sonderjagdgebiet“ bezeichnet wurde, differenzierte sich zunehmend in Staatsjagd-, Diplomantenjagd- und so genannte Wildforschungsgebiete aus. Diese wurden nach eigens dafür geschaffenen Vorgaben bewirtschaftet und standen nur bestimmten exklusiven Personengruppen zur Verfügung. Den Rechercheergebnissen zufolge handelte es sich dabei häufig um Areale, die bereits bevorzugte Jagdgebiete von früheren Machthabern waren. Das markanteste Beispiel dafür ist die Schorfheide, die kontinuierlich seit mehreren Jahrhunderten als Jagdgebiet der Mächtigen genutzt wurde. Daneben existierte eine große Anzahl sowjetischer Jagdgebiete, die von den in der DDR stationierten russischen Soldaten bejagt wurden und allein knapp acht Prozent der gesamten jagdbaren Fläche in der DDR ausmachten. Für weitere Gruppen wie hochrangige Militärs und führende Stasimitarbeiter bestanden ebenfalls gesonderte Jagdareale.

Die Arbeitsweise in den Staats- und Diplomatenjagdgebieten war allein auf Bedürfnisse der Gäste bzw. jagdlichen Dauernutzer, insbesondere hoher Politfunktionäre ausgerichtet. Eine große Anzahl von Beschäftigten trug Sorge dafür, dass in diesen Gebieten ohne Rücksicht auf forstliche Belange und Kosten für die Schäden begehrte Wildarten wie das Rotwild ganzjährig gefüttert wurden und sorgte so für stattliche Trophäenträger. Für den Komfort der Jagdgäste schuf die SED auf Staatskosten eine aufwendige Infrastruktur, die eigens angelegte Straßen, mondäne Jagdhäuser mit exklusiver Ausstattung wie auch einen großen Fuhrpark umfasste.

Die eigentlichen Jagden hatten mit denen der normalen Jäger nur noch wenig gemein. Etlliche Hirsche wurden an nur einem einzigen Tag gestreckt, wobei die Jagd im Scheinwerferlicht und das Abfangen an Fütterungen zur üblichen Praxis gehörten. Dieser vom Gros der jagdlich Privilegierten gepflegte unweidmännische Habitus, in dessen Zentrum ausschließlich die Trophäe stand, lehnte sich stark an feudalistischen Jagdriten an. Ebenso bildeten der enorme Aufwand und der Personaleinsatz zur Befriedigung der jagdlichen Bedürfnisse eine Parallele zum Jagdfolge mittelalterlicher Fürsten. Auch sie hatten Bedienstete, die sich um die Versorgung der getöteten Tiere und die Beseitigung der Kadaver kümmerten, denn ein Interesse an der Verwertung des Fleisches bestand bei den Funktionären in der Regel nicht. Die Sicherheitsmaßnahmen für die Gäste während einer Jagd waren mit diversen Beeinträchtigungen für die lokale Bevölkerung verbunden, da regelmäßig großflächig Straßen gesperrt wurden. Daneben observierte die Staatssicherheit die Bewohner in der Nähe von Staatsjagdgebieten besonders intensiv. Ebenso durften einmal straffällig gewordene Einwohner gegebenenfalls nicht mehr an ihren Wohnort zurückkehren.

Der Aktenlage zufolge führte der Machtwechsel von Ulbricht auf Honecker zu einer weiteren Popularisierung der Jagd unter den Mitgliedern des Politbüros, da der neue Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende ein passionierter Jäger war. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt richtete er die so genannte Inspektion Staatsjagd ein, durch die das Privilegienjagdwesen eine neue Qualität erhielt. Diese Arbeitsgruppe organisierte und koordinierte fortan zentral die Bauvorhaben und Einweisungen der Jagdgäste in den Staatsjagd- und Diplomatenjagdgebieten.

Der Stab wurde auch mit der alljährlichen Ausrichtung der Diplomatenjagden betraut, die bereits Ulbricht in Reaktion auf die Durchführung dieser Jagden in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren auch in der DDR verwirklicht hatte. Diese Spektakel sollten dazu dienen, insbesondere bei den Botschaftern aus westlichen Ländern für die Anerkennung als selbständiger Staat zu werben. Zudem bot das Ereignis der SED die Gelegenheit durch aufwendige Unterbringung und Bewirtung der Gäste mit exklusiven Speisen seine wirtschaftliche Potenz und damit die überlegene Rolle des Sozialismus zu demonstrieren. Das jagdliche Geschehen wurde dabei von seiner eigentlichen, notwendigen Funktion entfremdet und das Schießen zum einzigen Zweck. Die Parallelen zu den großen vergnüglichen Gesellschaftsjagden von Fürsten sind durch die Fokussierung auf den reinen Erlegungsakt unverkennbar. Stärker als Ulbricht nutzte Honecker die Jagd als Mittel zur Pflege politischer Kontakte und für inoffizielle Zusammenkünfte sowohl innerparteilich als auch außenpolitisch. Jagden, die ausschließlich im Kreise der Politbüromitglieder durchgeführt wurden sind dafür ebenso ein

Beleg wie die häufigen Besuche auf Schloss Hubertusstock von führenden westlichen Wirtschaftskräften wie Berthold Beitz. Wieso die Jagd aber zu einer so bedeutsamen Rolle und dem damit verbundenen hohen Aufwand unter den Funktionären gelangte, lässt sich nur psychologisch begründen.

Fest steht, dass Honeckers Jagdpassion bezüglich Aufwand und Ausübung der Jagd in einer systemübergreifenden Tradition steht, die sich über Gesellschaftsformen des Feudalismus, der Kaiserzeit sowie des Nationalsozialismus erstreckt.

Sowohl der Jagdhabitus des Großteils der privilegierten Personengruppen als auch der dafür betriebene Aufwand war mit dem in der Öffentlichkeit vertretenen sozialistischen Anspruch unvereinbar. Sie wurden deshalb weitgehend verborgen gehalten. Im Jagdwesen spiegelt sich somit in unverkennbarer Weise das systemimmanente Problem der DDR wider, dessen Kern im Zwiespalt zwischen politischem Anspruch und gesellschaftlicher Lebenswirklichkeit begründet lag.

### **Kurzbiographie**

Meike Haselmann, 1979 in Mülheim an der Ruhr geboren, studierte in Göttingen und Hamburg Geschichte, Literaturwissenschaften und Volkskunde. Während ihres Studiums arbeitete sie als freie Journalistin u. a. für das Hamburger Abendblatt, die HNA und in der Dokumentation des Spiegel-Magazins sowie für Fernsehproduktionen des NDR, Arte, ZDF und die ARD. Ihre Promotion wird vom Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein PD. Dr. Rainer Hering betreut.

## **„Die ‚Grüne Woche‘ und die Landwirtschaftsausstellung der DDR in Leipzig-Markkleeberg in der deutschen Systemkonkurrenz 1948 bis 1961“**

von Sven Schultze

Ende Januar dieses Jahres öffnete die „Internationale Grüne Woche“ in Berlin (im Folgenden nur noch „Grüne Woche“ genannt) zum 73. Mal ihre Tore. Sie zählt zu den traditionsreichsten Ausstellungen der Hauptstadt und zu den bekanntesten Veranstaltungen in Deutschland überhaupt. Mittlerweile blickt sie auf eine über 80-jährige wechselvolle Geschichte zurück. Auch die ehemalige Landwirtschaftsausstellung der DDR, die heute unter dem Namen *agra* bekannt ist, besitzt eine lange Tradition und aktuelle Bedeutung sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Leipziger Tourismus. Beide Ausstellungen, die in den fünfziger Jahren gegeneinander arbeiteten, ergänzen sich heutzutage. Trotz alledem ist die geringe wissenschaftliche Bearbeitung von Landwirtschaftsausstellungen signifikant.

Die Dissertation will mit der Untersuchung großer (internationaler) Ausstellungen als einem Austragungsort, einer Bühne, einem erfassbaren „Schaufenster“ der Systemkonkurrenz zwischen beiden Staaten die Analyse eines bestimmten Aspektes des geteilten deutschen und Berliner Alltags ermöglichen: den Wettbewerb um die Neugestaltung der nationalen Agrarpolitik nach Kriegsende, die jeweils eigene Systemüberlegenheit. Das Projekt versteht sich als politikhistorische Analyse in die auch landwirtschaftliche, regionalgeschichtliche, gesellschaftliche und kulturhistorische Aspekte einbezogen werden. Im Vordergrund stehen die Fragen, welche landwirtschaftspolitischen und anderen Überlegenheitskonzepte transportiert und wie sie ausstellungstechnisch realisiert wurden. Im weiteren wird nach Wirkungen gefragt, die die beiden Expositionen erweckten.

Hierfür wurden vielfältige Recherchen an bisher unberücksichtigten Quellenbeständen durchgeführt, etwa im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), im Landes- und Bundesarchiv in Berlin sowie in weiteren relevanten Staats-, Landes- und Unternehmensarchiven.

Kontext der Analyse ist die Deutsche und Berliner Systemkonkurrenz, die – ausgehend von der Politik – sich in allen Lebensbereichen entwickelt hatte. Eine Grundthese ist, dass sich im Kalten Krieg große Ausstellungen zu „Schaufenstern“ der Systemkonkurrenz entwickelten. Denn Ausstellungen, insbesondere Landwirtschafts-, Industrie- und Gewerbeausstellungen, eignen sich hervorragend als Medien für politische Propaganda und Plattformen nationaler Selbstdarstellung. Den Städten Berlin und Leipzig als traditionelle, längst etablierte und populäre Messe- und Ausstellungsstandorte, kommen hierbei zentrale Rollen zu. Zwischen diesen Städten entwickelte sich eine Konkurrenz um den Rang der Ausstellungsstadt.

Die Arbeit berücksichtigt die Jahre 1945/46 bis 1961, doch wird im Vorfeld der eigentlichen Analyse die Entwicklung des agrarischen Ausstellungswesens seit seiner Entstehung im 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nachvollzogen. Die politische und kulturelle Situation in Deutschland und Europa jener Zeit erlaubte es der Landwirtschaft, nicht nur mit Messen und Ausstellungen an die Öffentlichkeit zu treten, sondern zwang sie gerade-

wegs dazu. Landwirtschaftliche Ausstellungen waren bis 1939 zu einer wichtigen Konstante im Alltagsleben geworden, die sowohl für Marktgeschehen, Freizeitgestaltung, Amusement und Kultur als auch für Bildung und Einblicke in bäuerliche Welten stand. Die kriegsbedingte Zwangspause im deutschen Ausstellungs- und Messeleben bedeutete hier einen großen Einschnitt.

Die drei Kapitel des Hauptteils sind in drei sachlich-chronologische Abschnitte gegliedert. Diese drei Phasen werden durch die Dynamik und Entwicklung der sich intensivierenden Systemkonkurrenz ab 1948 hervorgerufen und durch diese bestimmt. Es handelt sich hierbei um die Phase der Wiederetablierung und Konsolidierung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens (1946/48-1951), die Phase der Ausstellungskultur unter dem Eindruck der sich verschärfenden Systemkonkurrenz und der Auseinandersetzung um die deutsche Einheit (1952-1958) und schließlich danach um die Phase neuer Aufgaben für die Ausstellungspolitik in Ost wie West (1959-1961). Eine (kurze) Beschreibung der Situation nach Ende des Zweiten Weltkrieges, besonders in Berlin und Leipzig, soll dazu dienen, die Bedingungen und Möglichkeiten näher zu bestimmen, als es darum ging, wieder landwirtschaftliche Ausstellungen in Deutschland zu etablieren. Dass es gerade die Landwirtschafts- und Gartenbauausstellungen waren, die als erste wieder entstanden ist kein Zufall: In der Zeit der Not, der mangelnden Versorgung und des Umbruchs sollten und konnten sie den Menschen wertvolles Wissen beim Anbau von eigenem Obst und Gemüse vermitteln sowie Lebensmittel und Waren in begrenztem Umfang anbieten. Weiterhin sorgte gerade auch die „Grüne Woche“ dafür, dass mit ihr wieder etwas von dem lieb gewonnenen Vorkriegsalltag und ein Stück „Normalität“ in das vom Krieg zerstörte Berlin zurückkehrte. Schon hierin liegen wesentliche Bedeutungen, die die Erforschung derartiger Ausstellungen rechtfertigen.

Die erste Gartenbauausstellung, die nach dem Krieg in Deutschland stattfand, wurde in erster Linie als Lehrschau konzipiert und umgesetzt. Wenn auch diese Ausstellung des Jahres 1946 in Markkleeberg (südlich von Leipzig gelegen) noch sehr bescheiden anmutete, so vermochte sie doch wichtige Akzente zu setzen und den Kleinbauern, Gärtnern und Verbrauchern wertvolle Hinweise und Kenntnisse zu vermitteln. Die Tatsache, dass diese Ausstellung als Gartenbauausstellung begann, sollte nicht zu Fehlschlüssen über ihre Bedeutung verleiten. In der Literatur scheint der Trend vorzuherrschen, Gartenbauausstellungen weniger als Mittel der Agrarpropaganda und zum Zweck der Volksernährung anzusehen als vielmehr nur die städtebaulichen und touristischen Aspekte sowie die ästhetischen Seiten daran herauszustellen. Doch Blumen oder Ziergebilde waren besonders während der ersten Nachkriegszeit vollkommen sekundär. Was zählte, waren Obst und Gemüse: Deren Anbau und Ertragssteigerung.

Die „Grünen Woche“ eröffnete im Jahre 1948, ebenfalls noch als Gartenbauausstellung, wieder. Damit beginnt auch der Vergleich beider Ausstellungen, der im Zentrum der Analyse steht, wenngleich die „Grüne Woche“ aufgrund ihrer Lage im Spannungsfeld Berlin und ihrer enormen Anziehungskraft die größere fachliche Bedeutung und politische Brisanz besaß. Es war äußerst schwer, im Berlin der ersten Nachkriegsjahre eine derartige Ausstellung wieder auf die Beine zu stellen. Denn nur wenige der einst so günstigen Voraussetzungen unter denen das Ausstellungswesen der vergangenen Jahre aufblühen konnte, waren noch vor-

handen. Während der Blockade Berlins durch die Sowjets im Sommer 1948 fand dann dennoch die erste „Grüne Woche“ statt, die auf Antrieb etwa 200.000 Besucher anziehen vermochte. Aussteller und Besucher aus ganz Deutschland, zumeist aus Berlin und dem Brandenburger Umland, waren an diesem Erfolg beteiligt.

Die diametral entgegen gesetzte agrar- und wirtschaftspolitische Ausrichtung beider deutscher Teilstaaten und die damit sich verschärfende Systemkonkurrenz bewirkte eine weitgehende Politisierung beider Landwirtschaftsausstellungen in den fünfziger Jahren. Die Eingliederung in das jeweilige wirtschaftspolitische System wurde intensiv betrieben und in bzw. mit den Ausstellungen dargestellt: Die „Grüne Woche“ warb mit ihrer Leistungsschau für die freie Marktwirtschaft sowie für die „Grünen Pläne“ der Bundesregierung und propagierte seit den späten fünfziger Jahren die Einbindung in den Europäischen Agrarmarkt. Die Ausstellung in Leipzig-Markkleeberg stellte sich hingegen besonders in den Jahren zwischen 1958 und 1961 als ein wichtiges Agens der Vollkollektivierung der Landwirtschaft heraus und spielte dabei in der Tat eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Beide Expositionen bildeten Brennpunkte und Spiegel des jeweiligen Systems. Sie ließen erkennen, dass es in der Sicht ihrer Betreiber nur ein richtiges Gesellschaftssystem geben durfte, und nur eine Landwirtschaftsausstellung als dessen legitimen Repräsentanten. Überlegenheitskonzepte und Alternativangebote sowie deren jeweilige ausstellungstechnische Umsetzung werden hierbei konkret untersucht. In der DDR wich man schon bald von der ursprünglichen Linie, den Bauern, Gärtnern und Verbrauchern praktische und theoretische Hilfestellung und Anleitung durch die nationale Landwirtschaftsausstellung zu vermitteln, dahingehend ab, immer mehr zur ideologischen Belehrung und zur Legitimierung der SED-Politik überzugehen.

Während es sich die „Grüne Woche“ aufgrund ihrer Bedeutung und Massenwirksamkeit leisten konnte, die DDR-Landwirtschaftsausstellung mehr oder weniger vollkommen zu ignorieren, war dies den Verantwortlichen in der DDR mit der West-Berliner Ausstellung nicht möglich. Denn bedingt durch die voranzutreibende Kollektivierung der Landwirtschaft war man seitens der DDR Staats- und Parteiführung der Überzeugung, dass man dafür in allen Bereichen „aufklärerische Tätigkeit“ über die Politik und Landwirtschaft der Bundesrepublik und das „Agentennest“ West-Berlin unternehmen müsse. Mit der „Grünen Woche“ lässt sich einer der Orte klar ausmachen, den man seitens der DDR als „Agentennest“ oder „Tummelplatz dunkler Existenzen“, im sonst eher monolithisch begriffenen West-Berlin, brandmarkte. Sofort mit Beginn der Kollektivierungsmaßnahmen 1952 versuchten DDR-Behörden die „Grüne Woche“ zu diskreditieren oder zu schädigen. Somit ist auch die in diesem Jahr neu aufgestellte „Landwirtschaftsausstellung der DDR in Leipzig-Markkleeberg“ im Kontext der Kollektivierungsmaßnahmen zu sehen. Dieser Punkt ist zentral. Denn die Markkleeberger Exposition war als „Mittel zur Erreichung der Ziele des Fünfjahrplanes“ angelegt und hatte diesen Zwecken zu dienen. Durch ihren Charakter einer Dauerausstellung war es möglich, neben der eigentlichen Hauptausstellung (alljährlich im Herbst) das ganze Jahr über Funktionäre, LPG-Vorsteher oder Bauern in den Neuerermethoden zu unterweisen. Dafür wendete der Staatshaushalt große Summen auf. Dass die „Grüne Woche“ diesen Zielen im Wege stand – jährlich besuchten sie etwa eine viertel Million Menschen aus der DDR (zumeist aus den

Bezirken Halle, Leipzig, Magdeburg und Ost-Berlin) –, wird im Einzelnen nachvollzogen. Jeden Winter unternahmen sämtliche zuständige Behörden große Anstrengungen um die Landsleute vom Besuch abzuhalten. So enorm die Aufwendungen dafür auch waren, so gering waren doch die Erfolge. Vielmehr Menschen, vor allem Bauern, wollten sich auf der „Grünen Woche“ über die westlichen Alternativen zum LPG Eintritt informieren, juristische Beratung einholen oder am wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik durch attraktive Gastgeschenke (die so genannten „Lockaktionen für Ostbesucher“) teilhaben. Erst die endgültige Abriegelung der DDR 1961 vermochte dieser Entwicklung ein definitives Ende zu setzen.

Zahlreiche Vereine, Verbände, Institutionen und vor allem die Medien waren auf dem Ausstellungsgelände alljährlich vertreten, um den Kontakt zu den „deutschen Landsleuten aus dem Osten“ nicht abreißen zu lassen. Die Angebotspalette war groß und reichte etwa von Organisationen wie der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) oder dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ) über den Sender RIAS und den Landbünden, den wirtschaftlichen Beratungsstellen bis hin zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Damit bot die „Grüne Woche“ in der Tat auch Teilen des Institutionellen Netzwerkes der Amerikanischen Liberation Policy eine Plattform. Wer sich als Besucher aus der DDR auf der Ausstellung zeigte, musste deshalb ständig damit rechnen, überwacht zu werden, bei der Rückkehr an der Grenze festgenommen oder in den Betrieben und LPGen gemäßregelt zu werden. Die Intensität und Härte derartiger Maßnahmen korrelierte dabei direkt mit den politischen Ereignissen, im Besonderen natürlich während der Jahre der Berlin-Krisen. Die hohen Zahlen ostdeutscher Gäste auf der West-Berliner Landwirtschaftsausstellung sind denn auch direktes Resultat und Spiegel der Absicht der SED, die ökonomischen Realitäten an die Erfordernisse der Ideologie anzupassen. Die diesbezüglichen Zusammenhänge werden in der Untersuchung eingehend dargestellt und analysiert.

Im Weiteren werden Wirkungen und Auswirkungen beider Expositionen auf Alltag, Gesellschaft, Politik und Ideologie analysiert. Die Bearbeitung dieses Themenkomplexes ist von zentraler Bedeutung für das Darstellen und Nachvollziehen des Lebens im geteilten Berlin und Deutschland unter den Bedingungen des Kalten Krieges, den ideologischen Prärogativen der nationalen Agrarpolitik, der Mentalität weiter Kreise der Bevölkerung sowie der damit auch verbundenen (auch mentalen) Spaltung Deutschlands. Insgesamt lässt sich der Wandel der Agrarpolitik in Ost wie West sowie die agrarwirtschaftliche Transformation anhand der beiden Ausstellungen exemplarisch nachvollziehen. Es wird ebenfalls gefragt, ob diese „Schaufenster“-Konkurrenz zur Belebung vor allem des Berliner Alltags beitrug.

Damit endet die Untersuchung der Entwicklung der „Grünen Woche“ und der Landwirtschaftsausstellung der DDR als „Drehscheiben“ der Ost-West-Konkurrenz. Auf den Erkenntnissen der Analyse aufbauend, geht das Abschlusskapitel zusammenfassend und in die Zeit nach 1961 ausblickend der Frage nach, inwiefern diese Ausstellungen eine nach innen gerichtete integrative Funktion erfüllen konnten oder für die SED eher zeitweilig destabilisierende Effekte besaßen.

## **Kurzbiographie**

Sven Schultze, 1977 in Brandenburg/Havel geboren, studierte von 1997 bis 2005 Geschichte, Germanistische Literaturwissenschaft und Linguistik an der Universität Potsdam. Sein Interesse gilt besonders der deutschen Wissenschafts- und Technikgeschichte nach 1918, der Landwirtschaftsgeschichte sowie der Alten Geschichte. In seiner Magisterarbeit beschäftigte er sich mit der DDR-Luffahrtforschung an der Fakultät für Luffahrtwesen der TH Dresden.



